

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 8. September 1932 • 45. Jahrg. • Nr. 36

Regierungsanschlag auf den Tarifvertrag

Nun ist die Katze aus dem Sack. Der Reichskanzler entwickelte in einer Bauernversammlung sein Programm. Ob diese Veranstaltung der geeignetste Platz dazu war, muß stark bezweifelt werden. Uns interessiert in erster Linie die Einstellung der Regierung zur Gesamtwirtschaftslage. Die Regierung kommt mit einem Programm an die Öffentlichkeit, in dem die ganze Zerfahrenheit zur Eindämmung der Wirtschaftskrise niedergelegt ist. Die Wirtschaft soll angekurbelt werden auf Kosten der ärmsten Volksschicht, alle Lasten den Arbeitern, Lohndruck bis an die Grenze des Existenzminimums, Beseitigung des Tarifrechts und Subventionen zum Anreiz weiteren Lohndrucks. Die Reichen sollen weiterhin geschont werden. Ihnen werden sogar Prämien präsentiert in der Form, daß Steueranrechnungsscheine an die besitzende Klasse als Geschenke verabfolgt werden, wobei etwa 1500 Millionen Mark in Betracht kommen und weitere 700 Millionen Mark Lohnsubventionen zum Zwecke des Lohndrucks zur Verfügung gestellt werden.

Durch dieses Geschenk von 2,2 Milliarden Mark an die besitzende Klasse hofft die Regierung die Wirtschaft zu beleben.

Der Reichskanzler erklärte zu dem Tarifrecht und dem Schlichtungswesen folgendes:

„Die Reichsregierung beabsichtigt, das Tarifrecht und das Schlichtungswesen in seinem wesentlichen Inhalt aufrechtzuerhalten. Was sie aber immer wieder betonen muß, ist die Erwartung, daß die Beteiligten ihre Verhältnisse mehr als bisher im Wege freiwilliger Selbstbestimmung ohne staatliche Mitwirkung und ohne Bevormundung ordnen. Es ist in erster Linie ihre Aufgabe, die Tarifverträge so auszugestalten, daß die Nachteile, die mit einem zu weit gehenden Tarifschematismus notwendig verbunden sein müssen, verschwinden, der wertvolle Kern des Tarifgedankens, den ich in der Sicherung der Existenzgrundlage des Arbeitnehmers, in der Verhinderung unlauterer Lohnkonkurrenz und vor allem in der arbeitgemeinschaftlichen Zusammenarbeit der beiderseitigen Verbände sehe, erhalten bleiben.

Unsere Tarifverträge sind vielfach immer noch zu starr und nehmen auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gebiete, Betriebe und Arbeitnehmergruppen nicht gebührend Rücksicht.“

Wie sich die Regierung die Außerkraftsetzung der Tarifverträge und einen weiteren Lohndruck denkt, geht aus einer Meldung hervor, wonach die Arbeiter zunächst für die ersten 30 Wochenstunden vollen Tariflohn erhalten sollen. Entsprechend einer Mehreinstellung von Arbeitern kann der Lohn von der 30. bis 40. Stunde herabgesetzt werden. Wo eine Neueinstellung von 25 Proz. des Arbeiterstammes vorgenommen ist, kann diese Lohnermäßigung für die 30. bis 40. Stunde auf 50 Proz. des Tariflohnes herabgesetzt werden. Erreicht wird damit bestimmt nichts; wenn die gleiche Lohnsumme auf eine größere Anzahl von Arbeitern zur Verteilung kommt und für alle die Lebensexistenz verschlechtert wird, fließt kein Pfennig mehr der Wirtschaft zu. Es sind ganz gefährliche Spielarten zum Anreiz des Lohndrucks und einer noch tieferen Senkung des Lebensminimums.

Papen hat nicht nur das ausgesprochen, was längst von der Unternehmerreaktion gefordert wurde, er geht noch weit darüber hinaus. Die Be-

seitigung der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen war schon längst die Zielbestrebung der Unternehmerreaktion. Damit die Sache bestimmt durchgeführt wird, sollen den Unternehmern Subventionen und Prämien gewährt werden. Die Beseitigung der Tarifverträge muß ohne weiteres zum wilden Konkurrenzkampf auf Kosten der Arbeiterschaft führen. Ob dann das Unternehmertum daraus Vorteile haben wird, muß bestimmt verneint werden.

Gegen diesen Regierungsplan erheben nicht nur die Gewerkschaften schärfsten Protest, die auch bereits in einem Telegramm an den Reichspräsidenten forderten,

einer solch beispiellos unsozialen Politik die Zustimmung zu versagen und die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu schützen.

Auch die bürgerliche Presse ist mit der Regierungsankündigung nicht einverstanden. Die „Vossische Zeitung“ schreibt dazu: „Mit der Auflockerung des Tarifrechts kommt die Regierung den Forderungen der Industrie außerordentlich weit entgegen, weiter als das Programm es notwendig machte. Die Einstellung neuer Arbeiter wird doppelt prämiert, einmal mit einem Steuererlaß auf dem Wege der Verordnung von 400 Mk. im Jahr und dann durch einen Einbruch in den Tariflohn, der, nachdem was man bisher gehört hat, außerordentlich tief zu gehen scheint.“ „Der Deutsche“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften schreibt: „Wir können uns aber denken, daß die Aufrechterhaltung des Tarifrechts und des Schlichtungswesens unter Umständen für die Arbeitnehmer viel opferreicher ist, als die völlige Beseitigung des Tarif- und Schlichtungswesens, durch die dann auch die Arbeitnehmer ihre Handlungsfreiheit wiedergewinnen würden. Denn es ist durchaus möglich, daß mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanzen den Arbeitnehmern Tarife aufgezwungen werden, die nur noch wert sind, daß man sie zertrümmerte.“

Die Reichsregierung hat auch hier noch erst zu zeigen, was hinter ihrem Programm steht. Wir hoffen aber, daß sie nicht mehr Zeit findet, den von ihr durch die Kanzlerrede vorgezeichneten Weg zu gehen.“

Die Sicherung der Existenzgrundlage der Arbeiter kann unmöglich beseitigt werden, wenn die Wirtschaft überhaupt wieder in Gang gebracht werden soll. Wird jedoch die Lebensmöglichkeit für Millionen von Menschen soweit herabgedrückt, daß das Lohneinkommen nur mehr knapp zur Aufrechterhaltung der Arbeitskraft verwendet werden kann und alle anderen Kulturbedürfnisse zurückgestellt werden müssen, dann wird niemals eine Belebung der Wirtschaft eintreten.

Die Regierung Papen wird sich recht bald von dieser Tatsache überzeugen müssen und sie wird dann feststellen können, daß zwei Milliarden unnütz verschleudert wurden und keineswegs eine Wirtschaftsbelebung herbeiführten. Solange der Massenverbrauch weiterhin gedrosselt bleibt, nützen alle Bemühungen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft nichts. Es ist eine sehr gefährliche Manipulation, einen kleinen Kreis der Reichen noch mehr zu schützen und der großen Masse die Kaufkraft noch mehr zu drücken. Die Anschläge gegen das Tarifrecht und das Schlichtungswesen sind nicht zu trennen vom Lohneinkommen und selbst wenn von Papen erklärt, daß nach wie vor das Tarifrecht zum Schutze gegen Lohnausbeutung und zur Abwehr etwaiger Willkür der wirtschaftlich Stärkeren bestehen bleiben soll, so sind das nur Versprechungen, die erst einzulösen sind.

In den nächsten Tagen wird bereits im Reichstag die Entscheidung fallen und nach der dort herrschenden Stimmung besteht keine Aussicht, daß die Regierung der Barone weiter mit dem Schicksal des deutschen Volkes spielen kann. Diese Regierung hat mehr als einmal bewiesen, daß sie nur zum Schutze der reichen Kaste Maßnahmen trifft und alle seither erlassenen Verordnungen die Werktätigen noch tiefer in das Wirtschaftselend stürzen.

Pressestimmen zum Wirtschaftsprogramm v. Papens

Überall geteilte Meinungen — überwiegender Pessimismus

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung hat begreiflicherweise in der Öffentlichkeit, namentlich in der deutschen und Weltpresse einen starken Resonanzboden gefunden. Jeweils von der Einstellung der Presse zu politischen und wirtschaftlichen Fragen ist auch ihr Urteil abhängig. Soweit sich die Pressestimmen übersehen lassen, wird von „gewagten Experimenten“ der Reichsregierung gesprochen und ein durchschlagender Erfolg zur Ankurbelung der Wirtschaft stark in Frage gestellt. Man kann sich sogar des Eindrucks nicht erwehren, daß die beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung als letzter Verzweiflungsschritt unternehmen werden. Gelingt das Vorhaben, dann gilt die innerdeutsche Krise als wesentlich überwunden, gelingt es aber nicht, dann bedeutet das „mißlungene Experiment“ einen weiteren unheilvollen Schritt zur vollständigen Katastrophe. Vorerst kann noch niemand sagen, ob das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung die Ueberwindung der Krise ermöglicht, — im Hintergrund der Erörterungen steht die bange Frage „Was dann?“

So ist es vor allen Dingen das Ausland, das sehr pessimistisch urteilt. Der in Paris erscheinende „Temps“ sagt, „... die Reformen, die der Kanzler zur Behebung der Krise ankündigt, erscheinen als sehr vage und verworren“. Der englische „Daily Telegraph“ meint, daß „dieses ungeheuer und kostspielige Programm für die Wiederbelebung der Industrie und Verringerung der Arbeitslosigkeit eine Menge zweifelhafter Seiten“ habe. Ähnlich äußert sich die übrige englische Presse. Lediglich in Italien findet die Absicht der Reichsregierung Vertrauen. Hier ist es die faschistische Presse, die unterstreicht, daß aus der Absicht der Reichsregierung unzweideutig hervorgehe, daß sie willens sei, unter allen Umständen an der Macht zu bleiben und sie entsprechend anwenden zu wollen. Diese Pressestimmen sind deshalb bemerkenswert, weil aus ihnen die auch in Italien in reichem Maße zur Anwendung gekommene faschistische Methode spricht! Wesentlich kühler und besonnener urteilt die Schweiz. So spricht die „Neue Zürcher Zeitung“ von Finanzexperimenten und Steuergeschenken, die der

Regierung anderthalb Milliarden kosten. Aber sie geht noch weiter und sagt in bezug auf unsere Währung und ihre schwachen Hoffnungen auf Konjunkturbelebungen: „Jedenfalls treibt die Regierung mit ihrer Finanzpolitik ein gefährliches Spiel, dessen Ausgang durchaus ungewiß ist“. So könnten die Auslandstimmen beliebig vermehrt werden, denen nicht weniger deutsche entgegenstehen. Der „Vorwärts“ sagt zu den Plänen der Reichsregierung nicht mit Unrecht: „Diese Pläne... sind der Bolschewismus des Großkapitals, sie stellen den Versuch dar, einem Volke... eine Reform der Wirtschaft aufzunötigen“. Die „Frankfurter Zeitung“ nimmt in einem besonderen Kapitel zur „Prämierung der Kurzarbeit“ Stellung und kommt zu folgendem Schluß: „Aber der Arbeitgeber, der die Arbeit streckt, der Kurzarbeit einführt, soll dafür belohnt werden, indem er den Tariflohn in einem gewissen, genau (wie?) umgrenzten Umfang unterschreiten darf, und zwar desto stärker, je größer die Vermehrung der Belegschaft ist“. Hier werden die der Arbeiterschaft drohenden Gefahren noch ehe sie „notverordnet“ sind genau erkannt. Daran knüpft auch das „Berliner Tageblatt“ an und bemerkt zum Regierungsvorhaben mit Recht: „... schließlich ist es ja eine Regierung der Rechten, die sich zu dem Unternehmen anschickt, keine Regierung, die den sozialpolitischen Fortschritt auf ihre Fahnen geschrieben hat.“ Nicht minder zutreffend beurteilt die „Vossische Zeitung“ die Auswirkung des Wirtschaftsprogramms für die arbeitende Klasse, indem sie sagt: „Das von Papen entwickelte Programm stellt starke Anforderungen an die großen Massen.“ Mit weit mehr Vorschußloberbeeren wird die Reichsregierung von den rechtsbürgerlichen Zeitungen bekleckert. Sie begrüßen von Papens Vorhaben als die „befreiende“ Tat und finden die Eingriffe in das Schlichtungs- und Tarifwesen als durchaus berechtigt. Die Zeitungen des (nazifreundlichen) „Mittelstandes“, soweit sie Sprachorgane des selbständigen Handwerkers sind, frohlocken ebenfalls, daß nun endlich die „wirtschaftshemmenden Tarifbindungen“ beseitigt werden. Aber noch ist ihre Freude nicht ungetrübt verrauscht, müssen sie doch zwischen den Zeilen zugeben, daß es noch keineswegs feststeht, ob sich der Eingriff in das Tarifrecht, soweit ein weiterer beträchtlicher Lohnabbau in Frage kommt, zu ihren Ungunsten auswirkt.

Schon heute stellt man ganz vorsichtig die bange Frage, ob doch nicht eine weitere Lohnsenkung zur Kaufkraftdrosselung führe. Beides, die letzte Einstellung zur Lohnsenkung und das Frohlocken der Handwerker, daß nunmehr die ihnen verhassten Tarifverträge staatlicherseits vermanscht werden, kennzeichnet sie von selbst. Halt- und uferlose Staatsbürger, die zwischen den Problemen hin- und herpendeln und nicht wissen, was sie wollen!

Wochenschau

Rücktritt Trendelenburgs. Der Staatssekretär Prof. Dr. Trendelenburg aus dem Reichswirtschaftsministerium ist zurückgetreten. Es bestanden zwischen ihm und dem Kabinett Differenzen, weil er die autarkischen Bestrebungen des Wirtschaftsministeriums nicht billigte.

Umbau der Reichswehr. Im Zusammenhang der Forderungen des Reichswehrministers von Schleicher auf Gleichberechtigung in der Wehr- und Rüstungsfrage veröffentlicht die Pariser Zeitung „Journal“ zehn angebliche Forderungen Deutschlands. Demnach wird verlangt: 1. Abänderung des augenblicklichen Rekrutierungssystems und Abschaffung der zwölfjährigen Dienstzeit. 2. Einrichtung ständiger Verbindungen zwischen Berufswehr, allgemeiner Wehrpflicht und Miliz. 3. Festsetzung der Ziffer des stehenden Heeres auf 300 000 Mann. 4. Wiedereinführung der schweren Artillerie. 5. Einführung der Tanks. 6. Einrichtung einer vollständigen Militärfliegerei. 7. Organisation von militärischen Fliegerschulen. 8. Verstärkung der Kriegsmarine durch Großkampfschiffe, U-Boote und Flugzeugmuttertschiffe. 9. Festungswerke an allen Reichsgrenzen. 10. Einrichtungen von Rüstungsfabriken. — Diese Forderungen, die vom Reichswehrministerium dementiert werden, haben starke Erregung in Frankreich hervorgerufen.

„Marxisten“ reines Reichstagspräsidium. In der ersten Reichstagsitzung am 30. August wurde der „Pg.“ Göring als Präsident gewählt. Als 1. Vizepräsident fungiert Esser (Zentrum), als 2. Vizepräsident Graef (deutschnational) und als 3. Vizepräsident Rauch (Bayer. Volkspartei). Es ist das Verdienst der Kommunisten, daß die SPD. keinen Vertreter im Präsidium hat.

Naziangst vor Reichstagsauflösung. Zentrumskreise sind nach wie vor davon überzeugt, daß die Koalitionsverhandlungen zwischen Nazis und Zentrum zum Erfolg führen, weil die Nazis eine Reichstagsauflösung verhindern möchten, da sie bei einer neuen Wahl mit wesentlichen Verlusten rechnen.

Zwangspreise in Chile. Die sozialistische Regierung von Chile hat für bestimmte Waren die Preise zwangsweise festgesetzt. Es sollen Standardwaren

in bestimmter Qualität geschaffen und stillgelegte Unternehmungen rationalisiert und wieder in Gang gebracht werden.

5000 Opfer der Revolte in Ekuador. Bei dem Aufstand gegen die Regierungsgewalt in Ekuador gab es 5000 Tote und Verwundete.

Republikanische Miliz in Spanien. Zum Schutze der Republik wurde aus den republikanischen Parteien in Spanien eine Miliz gebildet, die militärisch ausgebildet und ausgerüstet wird. Sie soll dann eingesetzt werden, wenn der Bestand der Republik gefährdet ist.

Reichspräsident für Kabinett v. Papen. Nach einer amtlichen Meldung ergaben die Besprechungen zwischen Hindenburg und dem Reichskabinett in Neudeck vollständige Uebereinstimmung. Der Reichspräsident erteilte dem Reichskanzler Vollmacht zur Auflösung des Reichstages, falls sich dessen Arbeitsunfähigkeit erweisen sollte.

Abbau von Republikanern. Die kommissarische Preußenregierung ist noch immer dabei, einen großzügigen Beamtenstempel durchzuführen. So wurden 60 Landräte abgesägt, von denen 27 der SPD. angehören. Von den 75 neuberufenen Landräten sind 20 adlig, 2 sind Grafen und 5 Freiherren.

Hitlers Nervenklaps. Namentlich in französischen Kreisen hält sich das Gerücht, daß Hitler einen Nervenzusammenbruch erlitten habe. Dazu bemerkt der „Matin“, daß Hitlers Stellung ebenso stark erschüttert sei wie seine Nerven und man ihn kaltzustellen beabsichtige. Zu seinem Stellvertreter sei Gregor Straßer ernannt, der bisher immer sein „intimster Feind“ gewesen sei.

Erste Pflicht ist, für den Verband zu werben!

Am 10. September
ist der 38. Wochenbeitrag fällig

Die Herbstmesse in der Krise

Ein gutes Wirtschaftsbarometer ist immer die Leipziger Messe. Auch die diesjährige Herbstmesse zeigte recht deutlich, wie tief die Krankheit im deutschen Wirtschaftsleben sitzt. Wenn auch etwa 6000 Aussteller ihre Produktion zur Schau brachten, so war doch die Stimmung außerordentlich gedrückt. Recht auffallend war es, daß das Ausland sehr schwach vertreten war. Aber auch der Zustrom aus Deutschland, wie er in früheren Jahren zu verzeichnen war, hat vollständig gefehlt. Oede und verlassen standen die Ausstellungshallen, die schon deshalb einen sehr schwachen Besuch aufwiesen, weil in den einzelnen Hallen Sondereintrittspreise gefordert wurden.

Die Süßwarenmesse bot geradezu ein jämmerliches Bild. Viele Plätze waren leer, und die wenigen Firmen, die noch die Opfer zum Ausstellen ihrer Produktion brachten, waren aus den Klein- und Mittelbetrieben. Von den größeren Betrieben in der Zucker- und Schokoladenwareindustrie war keine einzige Firma vertreten. Der Ausstellungsraum war auf zwei Etagen untergebracht und von den früheren Herrlichkeiten der süßen Zunft sind nur die griesgrämigen Gesichter der Aussteller übriggeblieben.

Das ganze Stadtbild zeigte eine gedrückte Stimmung. Die Lebhaftigkeit und Zuversicht, die man sonst wahrnehmen konnte, war nirgends zu sehen und auch auf dem Presseabend waren die Reden keineswegs hoffnungsfreudig gestimmt. Die Reichsregierung hielt es nicht für notwendig, eine Vertretung an Stelle des ausgeschiedenen Staatssekretärs Trendelenburg zu entsenden. Bezeichnend war die Rede des Direktors des Messeamts, Dr. Köhler, der für den Klein- und Mittelbetrieb eine starke Lanze brach und nachwies, daß diese Betriebsart leichter die Krise bisher überstanden habe als die Großbetriebe. Auch gegen die Papensche Rede vor den münsterländischen Bauern wurde scharf angegangen und der Regierung in nicht versteckter Weise der Vorwurf gemacht, daß sie vollständig versage. Selbst das offizielle Organ des Leipziger Messeamtes nahm gegen diese stiefmütterliche Behandlung der Regierung in nicht mißzuverstehender Weise Stellung. Es hat vollständig recht, wenn es erklärt: „Die Arbeitslosigkeit ist ein industrielles Problem und wir hätten es für besser gehalten, wenn man dort davon redet, wo die Industrie selbst darum ringt.“ Dieser Wink mit dem Zaunpfahl an den Reichskanzler, warum er ausgerechnet seine programmatische Rede vor den Landwirten hielt, trifft den Nagel auf den Kopf.

Der Winter wird bestimmt keine Besserung im Wirtschaftsleben bringen und wer weiß, wie es zum Frühjahr aussieht, wenn wiederum zur großen Messe gerüstet wird.

Nachtbackverbot

Das Jahrbuch des Internationalen Arbeitssamts für 1931 berichtet unter anderem auch über das gesetzliche Verbot der Nacharbeit in Bäckereien. Im allgemeinen hat der Bund der einschlägigen Gesetzgebung im letzten Jahr keine wesentlichen Änderungen erfahren. Ein Rückschritt erfolgte, wie bekannt ist, in Deutschland, wo dem Reichsarbeitsminister durch Notverordnung die Befugnis erteilt wurde, die vollständige oder beschränkte Wiedereinführung der Nacharbeit in den Großbäckereien zu genehmigen.

In Oesterreich hat das Sozialministerium einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, demzufolge das Nachtbackverbot für die Zeit von 8 Uhr abends bis 4 Uhr morgens gelten soll, statt wie bisher für die Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. Vorbereitungsarbeiten sollen schon vor dem sonst für den Arbeitsbeginn festgelegten Zeitpunkt gestattet werden. Die Vorlage ist im Ausschuß des Nationalrats noch nicht beraten worden. Es besteht auch wenig Aussicht, daß die Regierung imstande sein wird, ihre Annahme durchzusetzen.

In Belgien gilt das Nachtbackverbot nicht für Betriebe, in denen nachts nur Familienmitglieder des Inhabers beschäftigt werden. Ein Kongreß der Bäckerarbeiter im März 1931 verlangte die Beseitigung dieser Ausnahme. Dagegen verlangte der belgische Genossenschaftsverband auf seiner Tagung im Juni 1931 die Wiedereinführung der Nacharbeit in den Bäckereien (!!! D. R.), hauptsächlich mit der fadenscheinigen Begründung, daß bisher weder die Gewerkschaften noch die Gewerbeaufsichtsbeamten imstande waren, dem Nachtarbeitsverbot in den kleinen und mittleren Betrieben Geltung zu verschaffen, so daß es praktisch nur in den Großbetrieben angewendet wird. Daraufhin berief der Verband der Nahrungsmittelarbeiter einen außerordentlichen Verbandstag nach Brüssel, der forderte, daß das geltende Gesetz durch die Vorschriften des internationalen Uebereinkommens über Nacharbeit in Bäckereien ersetzt werden solle.

In Brasilien setzte der Arbeitsminister einen Ausschuß ein, um die Frage des Beitritts zu dem internationalen Uebereinkommen betreffend die Bäckereinachtarbeit zu prüfen. Der Ausschuß sprach sich für den Beitritt aus.

Die bulgarische Regierung erließ am 31. Oktober 1931 nach Anhörung der Berufsverbände der Unternehmer und Arbeiter neue Vorschriften über die Nacharbeit in Bäckereien, denen zufolge die Nacharbeit zwischen 9 Uhr abends und 4 Uhr morgens verboten ist. Vorbereitungsarbeiten dürfen während der Nachtzeit geleistet werden. Am Tage vor Feiertagen kann die Arbeit um Mitternacht und am Tage nach Feiertagen kann sie um 3 Uhr morgens beginnen.

Der französische Arbeitsminister verhandelte im Mai und Juni vorigen Jahres mit Vertretern der Verbände der Unternehmer und Arbeiter des Bäckereigewerbes, um zu einer Einigung über die beabsichtigte Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Bäckereien zu kommen. Die Verhandlungen verliefen jedoch ergebnislos. — Die elsäß-lothringischen Gewerkschaften wünschten in einem Schreiben an den Obersten Arbeitsrat eine Aenderung des Nachtarbeitsverbots, mit der Begründung, daß die geltenden Vorschriften die Industrialisierung des Bäckereibetriebes hindern. Der französische Nahrungsmittelarbeiterverband steht jedoch nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Nacharbeit in den sogenannten industriellen Bäckereien nicht erforderlich sei.

In Großbritannien ist der Entwurf eines neuen Fabrikgesetzes, das auch Vorschriften über die Bäckereinachtarbeit enthalten sollte, mit der Auflösung des Parlaments hinfällig geworden.

In Litauen untersagt ein Gesetz vom 31. Oktober 1931 die Herstellung von Brot, sowie von anderen Backwaren, zwischen 9 Uhr abends und 4 Uhr morgens. Ausnahmen sind vorgesehen für den Fall von Betriebsstörungen durch höhere Gewalt, von Reparaturen, Vorbereitungs- und Nebenarbeiten und für die Vortage von Feiertagen.

Luxemburg erließ Vorschriften zur Durchführung des bereits 1928 ratifizierten internationalen Uebereinkommens über das Nachtbackverbot.

In den Niederlanden wird eine Aenderung des Nachtarbeitsverbots für Brotbäckereien geplant, daß Betriebe aller Art die Arbeit um 5 Uhr statt um 6 Uhr morgens beginnen dürfen; jetzt ist das nur in Betrieben mit mehr als sechs Arbeitern zulässig. Der Minister für Arbeit, Handel und Gewerbe erklärte, der Beitritt der Niederlande zu dem internationalen Uebereinkommen über das Verbot der Nacharbeit sei nicht angebracht, weil das Uebereinkommen gegen den Grundsatz verstoße, daß Betriebsinhaber arbeiten dürfen, wann sie wollen.

Die ungarische Regierung berichtete, daß nicht die Absicht bestehe, das internationale Uebereinkommen zu ratifizieren.

Dem Uebereinkommen sind bis August 1932 erst fünf Länder beigetreten, und zwar Bulgarien, Estland, Finnland, Kuba und Luxemburg; die zuständigen Stellen haben ihre Regierung zum Beitritt ermächtigt in Spanien und Kolumbien (Südamerika).

Unwahre Behauptung

Zu dem von M. Zimmermann in der „Brauer- und Hopfenzeitung“ Nr. 197/198 und der „Tages-Zeitung für Brauerei“ Nr. 199/120 veröffentlichten Artikel „Eine Streife durch die Abstinenzbewegung“ wird uns noch geschrieben:

Es kommt darin auch zum Ausdruck, daß in der Brauereiarbeiterschaft sich kein Widerspruch geregt habe bei den Biersteuererhöhungen und der damit verbundenen Preiserhöhung. Weil steigende Lohnforderungen nicht in Einklang zu bringen waren mit sinkenden Einnahmen der Brauereien, habe bei den Brauereiarbeitern erst Einsehen gebracht.

Wer die tatsächliche Einstellung unseres Verbandes zur Frage der Biersteuererhöhung und Abstinenzbewegung kennt, kann derartige Behauptungen nicht aufstellen. Wir stellen fest, daß sowohl der freigewerkschaftliche Verband der Brauereiarbeiter und verw. Berufsgenossen wie unsere Einheitsorganisation bei allen Versuchen, Volksgetränke usw. mit indirekten Verbrauchsabgaben zu belasten, sich zur Wehr setzte. In Wort und Schrift wurden Parlamentariern und Regierungen sowie öffentlich die wirtschaftlichen und finanziellen Nachteile einer Uebersteuerung eines dem Massenkonsum dienenden Produktes an Hand von Tatsachenmaterial dargelegt.

Wenn der Artikelschreiber sich bemühen würde, unsere Verbandsliteratur zu lesen, so findet er unsere Auffassung bestätigt. Er könnte dann unmöglich mit Unwahrheiten gegen unsere Organisation in der Unternehmerpresse operieren.

Saisonschluss

Der Fremdenverkehr in den Bade- und Kurorten geht seinem Ende zu. Bereits rüsten sich die Gaststätten und Hotels zum Abbau des Personals, und mancher Mensch, der einige Wochen Arbeitsmöglichkeit hatte, wird wieder in das graue Elend der Arbeitslosigkeit zurückgestoßen. Unsere Berufsangehörigen sind darunter in großer Anzahl vertreten, besonders die Konditor-, Bäcker- und Fleischergehilfen, neben anderen Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe. Wir können bereits in den Arbeitsmarktplantagen der Unternehmerpresse wahrnehmen, daß viele Arbeitslose Hoffnung haben, Arbeit zu erhalten, wenn sie von ihren ersparten Groschen ein Inserat veröffentlichen. Wir können dann manchmal die sonderbarsten Blüten über Arbeitsnachfragen lesen. Viele glauben, wenn sie nicht auf Lohn sehen oder Gegner des Achtstundentages sind, oder zu allen vorkommenden Arbeiten bereit sind, leichter Arbeit zu bekommen. Auch diese billigen, willigen Arbeitskräfte werden enttäuscht, wenn ihnen auf die verlockenden Inserate keine Angebote zugehen. In diesen Kreisen ist auch von gewerkschaftlicher Zugehörigkeit fast nichts zu merken. Allein und verlassen stehen sie da, nirgends finden sie Hilfe in ihrer wirtschaftlichen Bedrängnis und mit den kargen Unterstützungsgeldern können sie sich kaum notdürftig durchschlagen.

Sie wissen auch sehr wenig von der allgemeinen Wirtschaftslage im Bäcker-, Konditor- und Fleischergerber- und glauben immer noch, für sie bestehe als gewerkschaftlich Unorganisierte leichter die Möglichkeit, Arbeit zu erhalten. Würden sie wissen, daß die Arbeitsnachweise von Arbeitslosen förmlich überlaufen werden und sich Tausende sogar gegen Kost und Wohnung zur Arbeit anbieten, dann würde ihr Verständnis für die gewerkschaftliche Organisation bestimmt zunehmen.

Leider hat in den Kreisen der Handwerksgehilfen der Solidaritätsgedanke noch nicht so um sich gegriffen, daß von einer geschlossenen Organisation gesprochen werden konnte. Immer neue Gebilde entstehen auch heute noch, ein förmlicher Wettlauf nach Zersplitterung in kleinen Vereinen ist festzustellen und alle diese Vorgänge bestärken erst recht die Unternehmer in der Durchführung niedrigerer Löhne und der Beseitigung tariflicher Abmachungen. Bald steht der Winter vor der Tür und viele der Unorganisierten werden ein kümmerliches Leben führen müssen. Leichter wird diese schwere Zeit der organisierte Kollege ertragen, der sich mit seinen Berufskollegen in der Gewerkschaft schützen kann und die wirtschaftlichen Stürme leichter überstehen wird.

Ob diese Tatsachen endlich in weiten Kreisen für den Anschluß an die Gewerkschaft beitragen werden? Dazu mitzuhelfen wird Aufgabe aller unserer Mitglieder sein.

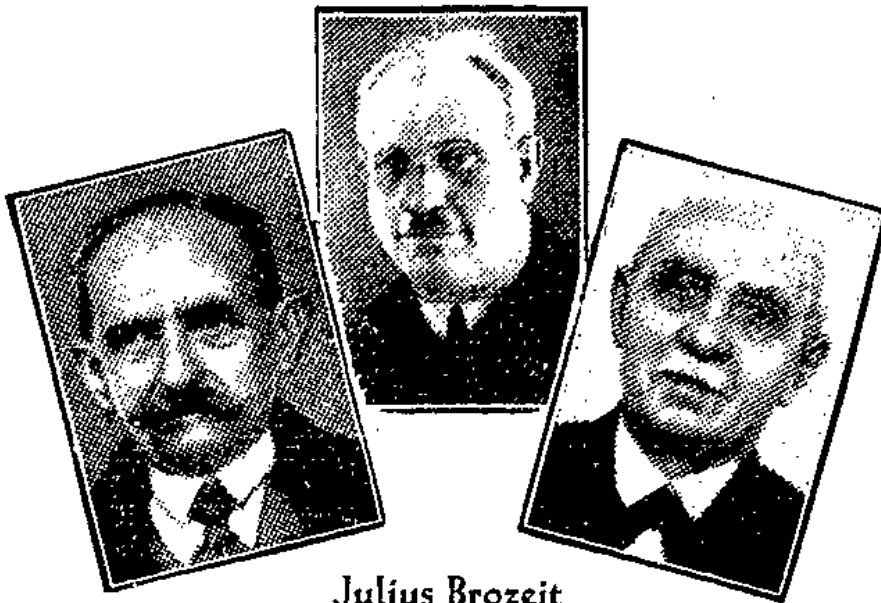
Zwischenprüfungen im Fleischerhandwerk

Schon in der Vorkriegszeit hatte der Zentralverband der Fleischer die Forderung gestellt, daß die Lehrlinge jährlich einer Zwischenprüfung unterzogen werden, um ihre Leistungsfähigkeit zu prüfen und nachzuhelfen wo es nottut. Diese Forderung fand beim Deutschen Fleischerverband ebensowenig Beachtung wie bei den Fleischerinnungen. Das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe konnte sich auf die Dauer dieser Forderung nicht

verschließen. Die Handwerkskammern mußten sich gleichfalls damit befassen und so kam es, daß sich nunmehr auch die Fleischerinnungen nicht mehr ablehnend verhalten konnten. Die Erfahrung lehrt, daß diese Zwischenprüfungen nicht nur erfolgreich auf die Lehrlinge, sondern auch auf die Lehrmeister wirken, und sie werden jetzt von den Innungen als notwendig anerkannt.

„Der Gedanke der Lehrlings-Zwischenprüfung hat allmählich im Fleischergerbergewerbe Eingang gefunden“, lesen wir in der Fleischer-Verbandszeitung Nr. 183. „Die Gegner dieses Gedankens sind inzwischen zu seinen Anhängern geworden. — Durch die Zwischenprüfungen haben wir erreicht, daß die Lehrlinge selbst erkannten, daß sie tüchtig an ihrer beruflichen Ausbildung arbeiten müssen, wollen sie die Gesellenprüfung und später einmal die Meisterprüfung bestehen. — Zeigt es sich in der Zwischenprüfung, daß es auf diesem oder jenem Gebiet bei den Anwärtern auf den Gesellentitel noch hapert, dann ist es im Laufe des noch vor der Gesellenprüfung liegenden

40 Jahre Treue zum Verband



Julius Brozeit
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 15. 9. 1889

Fritz Bock
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 10. 1. 1886

Wilhelm Fensch
Böttcher, Stettin
Eingetreten 1. 6. 1890



August Schlanke
Böttcher, Staßfurt
Eingetr. 26. 1. 1890, jetzt Invalide

Albert Gerlach
Böttcher, Staßfurt
Eingetr. 26. 1. 1890, jetzt Invalide

Wilhelm Meyer
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 1. 9. 1890

Jahres möglich, das Versäumte schleunigst nachzuholen. — Die Lehrlinge selbst haben ja den Vorteil davon, ihr Ehrgeiz wird geweckt, wenn sie schon vor der Hauptgesellenprüfung in Wettbewerb mit ihren Lehrkollegen treten müssen. — Sehr wichtig ist, daß die Lehrlinge durch die Zwischenprüfungen Gelegenheit haben, einmal von anderer fachmännischer Seite — und nicht immer nur von ihrem eigenen Lehrmeister — Belehrungen entgegenzunehmen, die, weil sie eben von anderer Seite kommen, ihre Wirkungen nicht verfehlen...“

Die Stettiner Fleischerinnung, die noch kürzlich „Durchfallskandidaten“ aufwies, aber Zwischenprüfungen nicht für notwendig hält, mag sich ein Beispiel daran nehmen, vor allem ihr Obermeister Freybe, der nun Zeit haben wird, weil er nicht mehr Reichstagsabgeordneter wurde.

Bierfässer für Amerika

Gegenwärtig werden Tausende von deutschen Bierfässern von Hamburg und Bremen nach New York verschifft. Nach den Berichten der New Yorker Presse haben die Dampfer des Norddeutschen Lloyd und der Hapag in den letzten Wochen auf jeder Fahrt nach Amerika 400 bis 500 Bierfässer befördert, die von den amerikanischen Brauereien aufgenommen worden sind. Aus diesen Vorgängen ist mit Sicherheit zu erwarten, daß eine Milderung im amerikani-

schen Alkoholverbot bald eintreten wird. Die amerikanische Brauindustrie ist nach wie vor überzeugt, Deutschland habe die bestgeeignetsten Holzarten für die Herstellung von Bierfässern, die auch bei uns billiger hergestellt werden als in den Vereinigten Staaten. Bereits vor dem Kriege, als das Alkoholverbot noch nicht bestand, wurden im größeren Ausmaße Riesenfässer für die Vereinigten Staaten angefertigt. In verschiedenen Faßfabriken herrscht daher zur Zeit gute Konjunktur. Wir wünschen nur, daß diese Belegung von längerer Dauer bleiben wird und unsere im Böttchergewerbe beschäftigten Kollegen endlich für längere Zeit Arbeitsmöglichkeit erhalten haben.

Wohin geht die Reise?

Ungeheuerliche Bestimmungen werden auch in den neuen Notverordnungen gegen die Sozialpolitik vorgesehen. Die Reichsregierung soll ermächtigt werden, alle sozialpolitischen Bestimmungen aufzuheben „im Hinblick auf die gegenwärtige Not des deutschen Volkes zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen, zur Vereinfachung und Verbilligung von sozialen Einrichtungen und zur Erhaltung und Vermehrung der Arbeitsgelegenheit“. Es ist geplant:

1. die Vorschriften über die öffentlich-rechtliche Versicherung für den Fall der Krankheit und des Unfalls, der Arbeitslosigkeit, der Berufsunfähigkeit und Invalidität zu ändern. Die Ermächtigung erstreckt sich insbesondere auf Umfang, Gegenstand und Träger der Versicherung, die äußere und innere Verfassung der Versicherungsträger und Versicherungsbehörden, das Verfahren und die Aufbringung der Mittel, die Verwaltung und Wirtschaftsführung. Die Ermächtigung gilt entsprechend für die Ersatzversicherung.
2. die Vorschriften über den äußeren Aufbau und die innere Verfassung, das Verfahren und den Geschäftsgang der Versorgungsbehörden (Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen § 2) zu ändern und Bestimmungen über die Wahrnehmung der Aufgaben dieser Behörden zu treffen.
3. die Vorschriften auf dem Gebiete der Arbeitsverfassung, des Arbeitsvertrages und der Arbeitsgerichtsbarkeit, des Tarifvertrages, des Schlichtungswesens und des Arbeiterschutzes zu ändern und einheitlich zusammenzufassen. Dabei sind insbesondere auch Änderungen der behördlichen Einrichtungen und eine andere Verteilung der Aufgaben unter die Behörden zulässig.
4. auf dem Gebiete der Arbeitslosenhilfe und der öffentlichen Fürsorge, des Arbeitsmarktes, der Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung, der Arbeitsfürsorge und des Arbeitsdienstes die Maßnahmen zu treffen, die der Reichsregierung erforderlicher scheinen und dabei Gesetzesvorschriften, die den bezeichneten Gebieten angehören, zu ändern, auch die Mitwirkung der Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlicher Körperschaften sicherzustellen. Sie kann ferner Vorschriften auf dem Gebiete des Mietrechtes und des Wohnungswesens erlassen und auf dem Gebiete des Bauwesens Grundsätze für die Bereitstellung und Verwendung des Bodens aufstellen und zu diesem Zweck Vorschriften über Enteignung treffen.

Wenn nur ein Teil dieser Pläne durchgesetzt wird, dann wird von einer Sozialgesetzgebung und einer Sozialversicherung ein solch dürftiges Gerippe übrigbleiben, daß es nicht mehr für den Schutz der Arbeiterschaft dienen kann. Ob das Untermertum aber damit einverstanden sein wird, daß die Arbeitskraft überhaupt nicht mehr geschützt werden soll, das möchten wir schon deshalb bezweifeln, weil sich bereits jetzt schon schwere Bedenken gegen das Vorgehen der Papen-Regierung bemerkbar machen.

Verkürzung der Arbeitszeit — Erhöhung der Löhne

Früher vereinzelt, heute scharenweise flattern die weißen Raben aus dem Unternehmerlager an die Öffentlichkeit und schließen sich den Forderungen der Gewerkschaften an, wonach die Wirtschaftskrise nicht durch Drosselung der Kaufkraft, sondern durch Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung beseitigt werden kann. Vor uns liegt eine Broschüre von Senator Giovanni Agnelli, Präsident des großen italienischen Autowerkes „Fiat“, in der ein Interview mit einem amerikanischen Pressevertreter im Wortlaut wiedergegeben ist.

Agnelli kommt zu dem Ergebnis, daß die sozialen Auswirkungen der heutigen Krise von unbekannter Schwere sind. In allen Erdteilen sind über 25 Millionen Menschen ohne Arbeit, das bedeutet, daß mindestens 60 bis 70 Millionen, wenn die Familienangehörigen hinzugerechnet werden, nicht über die Mittel zur Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse verfügen. Die Arbeitslosigkeit der werk-

lütigen Klasse ist die eiternde Wunde, die die Krise am sozialen Körper, dessen einzelne Organe heute viel enger und durch viel zartere Gewebe zusammenhängen als ehemals, hervorgerufen hat. Die Bekämpfung und Ueberwindung der Arbeitslosigkeit ist das dringendste Gebot der Stunde. Sollte es nicht gelingen, hier eine Lösung zu finden, so müßten wir an dem Wert unseres Wirtschaftssystems verzweifeln. Auf welchem Weg sollen wir aber praktisch zu diesem Ziele gelangen? Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Heraufsetzung der Löhne, muß die Lösung lauten. Geht man von einem durchschnittlichen Tageslohn von nur einem Dollar aus, so stellen diese 25 Millionen Arbeitslose einen Rückgang der in den Wirtschaftsumlauf einfließenden Löhne um etwa 7½ Milliarden Dollar jährlich dar. Um diese Summe müßte man die verringerten Löhne erhöhen, die die noch beschäftigten Arbeiter heute empfangen, die ja die meiste Kurzarbeit leisten. Die zunehmende Verwendung von Maschinen und die Rationalisierung haben in der Industrie wie in der Landwirtschaft eine intensivere Produktionsweise hervorgerufen und gleichzeitig zu einer ständigen Abnahme des Bedarfes an Arbeitskräften geführt. Ich halte die Technik für eine der gewaltigsten Eroberungen des menschlichen Geistes. Sie bildet die Grundlage des heutigen Fortschrittes, und ein Leben ohne sie ist nicht mehr denkbar. Gleichzeitig kommt es aber auch darauf an, daß man es versteht, bei Ausnützung der technischen Fortschritte deren wirtschaftliche Auswirkung zu beherrschen, damit die Entwicklung der Maschine und des Verfahrens nicht zur Arbeitslosigkeit führt.

Ist aber die Kaufkraft nur dem Lohn beizumessen? Im wesentlichen ja. Der Arbeiter gibt sofort das, was er verdient hat, wieder aus, um zunächst seine elementarsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen, und je mehr er verdient, um so mehr gibt er aus für höhere Güter und Dienste materieller und weiterhin geistiger Art. Stellen wir uns eine Arbeitermasse von rund 100 Millionen Personen vor, von denen 25 Millionen arbeitslos sind, so müßte, um den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, die geltende Arbeitszeit um 33 Proz. verkürzt werden. Wir müßten von 48 Stunden auf 36 Stunden heruntergehen und für 36 Stunden den gleichen Lohn wie bisher für 48 Stunden, mit andern Worten den Stundenlohn um 33 Proz. hinaufsetzen. Halten wir an einem durchschnittlichen Tageslohn von einem Dollar fest, so ergibt sich eine zusätzliche Aufwendung von täglich 25 Millionen Dollar. Um diese Summe würde nun die Kaufkraft von Tag zu Tag tatsächlich zunehmen und nach Ablauf eines Jahres wäre sie soweit gestärkt, daß die Wirtschaft wieder einigermaßen im Gange kommen könnte.

Auch die Kriegsschulden belasten zweifellos die ganze europäische Lage. Die Streichung aller Kriegsschulden ist notwendig. Ihr Verlust trägt nicht den sechsten Teil des Verlustes, den die Wirtschaft dieser Staaten alljährlich infolge der Arbeitslosigkeit erleidet. Bei der Lage aber, in der sich heute alle Länder befinden, kommen nur internationale Maßnahmen in Frage.

Solange die sturnackige Reaktion im Lager der Kapitalisten den Ton angibt, werden alle gutgemeinten Ratschläge im Winde verfliegen.

Spruchpraxis des Arbeitsgerichts in Düren

Die Spruchpraxis am Arbeitsgericht Düren entwickelt sich in einigen Streitfragen in einer Weise, die nicht unbesprochen bleiben darf. Bei Nachforde-

rungen zur Bezahlung zurückliegender Ueberstunden erhalten in den seltensten Fällen die Arbeitnehmer Recht. Durch diese Spruchpraxis entwickelt sich ein Zustand, der unhaltbar ist, denn die Arbeitgeber im Handwerk resp. in den kleinen Betrieben haben ebenfalls diese Einstellung des Arbeitsgerichts schon entdeckt.

Vor uns liegt ein Urteil aus der letzten Zeit. Ein Arbeiter machte mehrere hundert Ueberstunden. Ein Teil dieser Ueberstunden wurde eingeklagt. Die Bezahlung der Ueberstunden wurde wiederholt verlangt. Zeugen bestätigten auch, daß Ueberstunden in großer Zahl gemacht worden sind. Diese Zeugen werden nicht als ganz glaubwürdig angesehen. Jedemal, wenn der Arbeiter die Bezahlung seiner Ueberstunden verlangt hat, ist ihm mit Entlassung gedroht worden. Als verheirateter Mann mit Kindern ist er dann wiederum eine zeitlang ruhig gewesen und hat gearbeitet, um die Arbeitsstelle nicht zu verlieren. Beim späteren Verlangen der Ueberstundenbezahlung dasselbe Spiel. Immer wieder Drohung mit Entlassung und immer wieder Weiterarbeiten, um nicht arbeitslos zu werden. Da nun aber kein Zeuge zugegen ist, der es gehört hat, daß die Ueberstundenbezahlung verlangt worden ist, weist das Gericht ihn ab, obwohl andere Zeugen bestätigen, daß auch ihnen evtl. Entlassung angedroht wurde, wenn sie auf Bezahlung von geleisteten Ueberstunden bestehen würden. Aber das Zeugnis dieser Zeugen war nicht durchschlagend. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß Ueberstunden und selbst Urlaub nach so langer Zeit ohne genauen vollständigsten Beweis nicht mehr geltend gemacht werden können.

Diese Spruchpraxis, die sich ganz besonders in den letzten Jahren in Düren bemerkbar machte und die sich mehr und mehr zum Nachteil der Arbeitnehmer in kleinen Betrieben auswirkt, kann auf die Dauer nicht in solcher Form weitergehen, wenn nicht das Vertrauen zur Rechtsprechung des Arbeitsgerichts Düren weiterhin schwinden soll.

Fazit der Weltkrise: 40 Millionen Arbeitslose!

Kein Ende der Arbeitslosigkeit.

Das Internationale Arbeitsamt hat soeben das „Internationale Jahrbuch der Sozialpolitik“ herausgegeben, das in eindrucksvoller Weise das Gegenwartsproblem Arbeitslosigkeit behandelt. Erschütternd ist die Tatsache, daß nach den neuesten Zählungen und Schätzungen in der Welt 40 Millionen Arbeitslose vorhanden sind. Aber ebenso furchtbar ist die wenn auch nicht ausgesprochene Anklage gegen das kapitalistische System, das 40 Millionen Menschen in allen Ländern und Erdteilen der Welt feiern und hungern läßt! Man muß sich die ganze, furchtbare Tragödie der Arbeiterschaft vorstellen, von der 40 Millionen Menschen einfach überflüssig geworden sind, um den ganzen Jammer unserer gesegneten Zustände begreifen zu können. Weitere Millionen sind mit diesen Arbeitslosen auf Leben und Gedeih verbunden. Die 40 Millionen sind die Ernährer der Familien, die mit ihnen gleichzeitig Hunger leiden. Wir gehen nicht fehl, wenn wir die Armee der Hungernden und dem Elend Preisgegebenen auf das Doppelte schätzen. Sie ist sogar noch weit höher! Nicht nur in Deutschland hat es die Sozialreaktion vermocht, die Zahl der Pflichtversicherten, also die eingetragenen Arbeitslosen dadurch zu vermindern, daß man sie einfach nach ihrer Aussteuerung aus der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung den Gemeinden überließ, auch in anderen Ländern, wo nur Schätzungszahlen vorliegen.

Nach dem Bericht des IAA. stieg die Arbeitslosigkeit in allen Ländern, mit Ausnahme von England und Nordirland seit 1930 ständig. Eine wesentlich geringere Zunahme wiesen Oesterreich, Dänemark und Polen auf. Frankreich hat jetzt 600 000 Arbeitslose, und selbst Italien, das Idol aller Faschisten, gibt 1 Million Arbeitslose offiziell an. Hier betrug die Zunahme seit 1930 350 000! Bei der Größe und der volkswirtschaftlichen Bedeutung Italiens eine enorme Zahl. Auch in außereuropäischen Ländern stieg die Arbeitslosigkeit ganz rapide.

Der Bericht geht noch auf die Finanzkrise der einzelnen Länder ein und betont, daß kein Land, in dem Arbeitslosenversicherungen ähnlich der unsrigen bestehen, von der Krise verschont blieb. Ueberall war die Existenz der Arbeitslosenversicherung vom Gleichgewicht des Staatshaushaltes abhängig und Zuschüsse, die vom Staat getragen wurden, in Frage gestellt. So nahm nicht nur Deutschland, sondern auch Oesterreich und England einschneidende Maßnahmen vor, die in der Kürzung der Unterstützung, Erhöhung der Beiträge und in schärferen Bedingungen zum Bezuge der Unterstützung bestanden.

Kein noch so großes Schimpfen und Palaver engstirniger Reaktionäre und aller jenen, die nur Deutschland und immer wieder nur Deutschland sehen, hilft darüber hinweg, daß die Arbeitslosigkeit und das damit verbundene Elend in der gesamten Welt gleich groß ist. Ein Millionenheer ist zum Feiern gezwungen. Kein Land kann sich rühmen, von der Inflation der menschlichen Arbeitskraft verschont zu sein. Ueberall zeigt der Kapitalismus auch seine Unfähigkeit, dem Menschen Arbeit und Brot in ausreichendem Maße zu geben. Das wird erst anders, wenn es gelingt, dieses „gesegnete kapitalistische System“, das den Niedergang jeglicher Kultur, menschlicher Rechte und Freiheiten bedeutet, zu überwinden! Niemand und keine Regierung nimmt sich mit größerer Sorge der Arbeitslosen an als die Arbeiterschaft selbst und insbesondere die Gewerkschaften. An dieser Tatsache soll bei der Erörterung der Weltarbeitslosigkeit nicht vorübergegangen werden.

Feinde der Sozialversicherung am Werke

Einige Dortmunder Großbrauereien wollen Betriebskrankenkassen gründen. Führend ist Direktor Mauritz von der Dortmunder Aktien-Brauerei.

Die augenblickliche Wirtschaftskrise, in der auch Ortskrankenkassen stark mitgenommen wurden, gab den Auftakt zur Erfüllung lange im Herzen getragener Wünsche. In einem Aushang wurden die „Vorzüge“ der Betriebskrankenkassen demonstriert. Als Maßstab diente die Betriebskrankenkasse der Dortmunder Ritterbrauerei mit einem Beitragsaufkommen von 3,5 Proz. Eine Betriebsversammlung der Aktienbrauerei nahm zu der Frage Stellung. Vertreter der Krankenkassen waren nicht zugelassen. Von den Wirtschaftsverbänden war nur der Vertreter unseres Verbandes anwesend, der die angeblichen Vorteile der Betriebskrankenkassen, wie sie Mauritz der Versammlung suggerierte, zu zerstreuen mußte.

Von den 8000 Betriebskrankenkassen sind 60 in Dortmund. Einige sind schon durch Konkurs verschwunden. Auch Betriebskrankenkassen, die als sehr gut geleitet galten, sind vom Versicherungsamt aufgefordert worden, ihre Beiträge zu erhöhen und Leistungen abzubauen. Daraus geht hervor, daß als Maßstab nicht eine einzige gut fundierte Betriebskrankenkasse herausgegriffen werden kann, um den

Zur Entwicklung der Kondensmilchindustrie

Der Genuß von Kondensmilch ist gewiß nicht jedermanns Sache, und wenn es auf eine Entscheidung des einzelnen ankäme, so würden wir wohl die meisten Menschen auf der Seite derjenigen finden, die den Genuß von Frischmilch von jeher bevorzugen. Diese Tatsache ändert natürlich nicht das geringste daran, daß auch die Kondensmilch in gewisser Hinsicht ihre Vorteile hat, und daß sie um dieser Vorteile willen im Rahmen der allgemeinen Milchwirtschaft eine sehr beachtenswerte Bedeutung erlangt hat. Am deutlichsten hat sich dies im Weltkrieg gezeigt. Und wie froh waren wir, wenn wir irgendwo eine Dose Kondensmilch erhaschen konnten und wie gerne schleppten wir sie im Tornister bis in den vordersten Graben mit. Ebenso gibt es viele andere Lebenslagen, in denen für die Menschen die beliebte Dosenmilch ihre Vorteile hat. Es ist also sehr begreiflich, daß sich die Nachfrage nach der Kondensmilch heute sehr ausgebreitet hat.

Die ersten Versuche, der Milch durch Verdampfen den größten Teil ihres Wassergehalts zu entziehen, liegen bereits ein volles Jahrhundert zurück. Schon im Jahre 1829 war es der Franzose Appert, der eine Milchkonserve dadurch bereitete, indem er die Milch im Wasserbade auf zwei Drittel ihres Volumens eindampfte, die dabei unvermeidliche Milchsäure durch Abschöpfen entfernte und den Rest in Flaschen abfüllte, diese verkorkte und zwei Stunden lang im

Wasserbade erhitzte. Schon dieser erste Versuch hatte lediglich den einen Zweck, die Milch haltbarer zu machen und die guten Nährstoffe derselben auf ein kleineres Ausmaß zu beschränken. Um die Aufnahme der Milch in den Flaschen zu verhindern, gingen weitere Versuche dahin, die Milch auf die Hälfte einzudicken und ihr auf je 12 Liter acht Eidotter zuzusetzen. Eine so zubereitete Milchkonserve soll eine jahrelange Haltbarkeit erwiesen haben.

Einige Jahre später (1835) bewarb sich der Engländer Newton um ein Patent, bei dem die Milch unter Zusatz von einem Hundertstel bis zu einem Fünftel Rohrzucker im heißen Luftstrom oder im Vakuum eingedickt wurde. Es handelt sich hier um eine Methode, die bereits die Grundidee für die heutige Zubereitung der Kondensmilch erhielt. Das Verfahren hatte jedoch zu Lebzeiten seines Erfinders keine praktische Verwirklichung gefunden. Erst weitere Methoden mit denselben Grundgedanken führten dazu, daß 1849 Horsford in England und Gail Borden in Amerika je ein Patent erhielten. Das Verfahren von Gail Borden ist auch bald praktisch hervorgetreten und hat sich bis in die neueste Zeit hinein in Amerika behaupten können.

Von Amerika aus verbreitete sich diese Art der Milchkonservierung sehr rasch über die ganze Welt und das Gail Borden'sche Verfahren fand auch bald viele Verbesserer und Nachahmer. Im Jahre 1866 wurde auf Grund dieses Verfahrens in der Schweiz der erste

Großbetrieb zur Erzeugung von Kondensmilch durch die Anglo-Swiss-Condensed-Milk-Company errichtet. Die erwähnte Firma hatte bald große Erfolge, weil die Nachfrage nach Kondensmilch sehr bald große Umsätze sicherte. Man stellte in den Betrieb, in Cham am Zuger See, bald die Milch im Großen her und fing später auch an, die Milch ohne Zuckerzusatz und auch Magermilch einzudicken. Seit die Zubereitung von Pulver aus Milch, von sogenannter Trockenmilch, in derselben Fabrik gelungen ist, hat auch der Verbrauch dieses Dauermilcherzeugnisses sehr stark zugenommen.

In den Vereinigten Staaten, wo die erste Kondensmilchfabrik bereits 10 Jahre früher, im Jahre 1856 errichtet wurde, hat selbstverständlich die wirtschaftliche Bedeutung des Produktes den höchsten Stand auf der ganzen Welt erreicht. Die amerikanische Industrie arbeitet nicht allein für den eigenen Bedarf, sondern auch im viel größerem Ausmaße wie andere Länder, für den Weltmarkt. Bereits vor dem Kriege gab es in den Vereinigten Staaten 240 Fabriken von Kondensmilch mit einer durchschnittlichen Erzeugung von 50 000 Pfund. Die Steigerung des Kondensmilchkonsums ist jedoch erst während des Krieges ganz enorm hervorgetreten, so daß sie erst im Verlaufe der Kriegsjahre ein wahres Volksmittel in den Vereinigten Staaten geworden ist. Im Jahre 1924, also in zehn Jahren, hat sich daher die Zahl der Fabriken auf 343 erhöht und die durchschnittliche Produktion je Fabrik auf 63 000

Beweis zu führen, daß diese Kassen rentabler seien als die Ortskrankenkassen. Selbst dann, wenn in einigen Betriebskassen an Barleistungen einige Pfennige mehr herauskommen dürften, so wiegen doch auf der anderen Seite die Sachleistungen, die von den großen Ortskrankenkassen gegeben werden, bei weitem die Dinge auf. Ein Beispiel von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Dortmund, die einen Neubau mit den dazugehörigen hygienischen, wissenschaftlich-medizinischen Einrichtungen besitzt:

1. Eine Badeeinrichtung mit allen Medizinal-, Sol-, Moor-, Stahl-, Schwefel-, Dampf-, Heißluft-, Römisch-irischen Bädern, 40 der verschiedensten Sorten, die sie den Patienten gewähren kann.
2. Ein Röntgen- und Bestrahlungsinstitut, eingerichtet nach modernster wissenschaftlicher Forschung.
3. Ein Inhalatorium nach dem berühmten Heyerschen Institut von Bad Ems, wo Einzel- und Raum-inhalierungen vorgenommen werden können; ebenfalls sind pneumatische Kammern für Schwereasthmakranke vorhanden.
4. Weiter werden Brunnenkuren verabreicht von 18 verschiedenen Brunnen- und Sprudelwässern der verschiedensten Badeorte Deutschlands, so auch Karlsbader Sprudel.
5. Ein herrliches Genesungsheim, eingerichtet für 180 Patienten im waldigen Sauerlande, 700 Morgen groß, das heute als Leicht-Krankenhaus eingerichtet ist, bietet eine erstklassige Erholungsstätte bei guter Verpflegung und gesunder Waldluft in 400 Meter Höhe.

Diese Errungenschaften der Nachkriegszeit sind den Unternehmern ein Dorn im Auge. Da in den Vorständen der Ortskrankenkassen das gesteckte Ziel sich nicht erreichen läßt, sollen Betriebskrankenkassen gegründet werden, um von dieser Seite aus der Sozialversicherung den Todesstoß versetzen zu können. Bei der Gründung werden erst als Köder einige Barleistungen glänzend herausgestellt, die aber im selben Moment wieder verschwinden werden, wenn die Schäfchen unter einem Hut sind.

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß die getroffenen Maßnahmen des Versicherungsamtes sich als recht überflüssige Härte herausstellten, die einen Teil guter Risiken kostete und die Sanierung außerordentlich erschwerte. Gewiß wurden an Beiträgen im ersten Halbjahr 1930/31 von den Dortmunder Brauereien allein 45 000 Mk. weniger eingenommen. Aber schon im ersten Halbjahr 1932 konnten die angeordneten Beiträge des Versicherungsamtes von 6,5 auf 6,2 Proz. gesenkt werden unter Einführung eines Teiles der verlorengegangenen Familienversicherung. Die September-Ausschußsitzung wird den Beitragssatz wieder neu auf 5,8 Proz. senken können, und es ist das Bestreben des Vorstandes, die alten Sätze baldmöglichst wieder zu erreichen.

Will man uns vielleicht nur deshalb, weil die Sanierung so rasch voranschreitet, mit Gewalt hindern durch Entzug eines Teils guter Risiken? Noch hat der Gesetzgeber das letzte Wort nicht gesprochen.

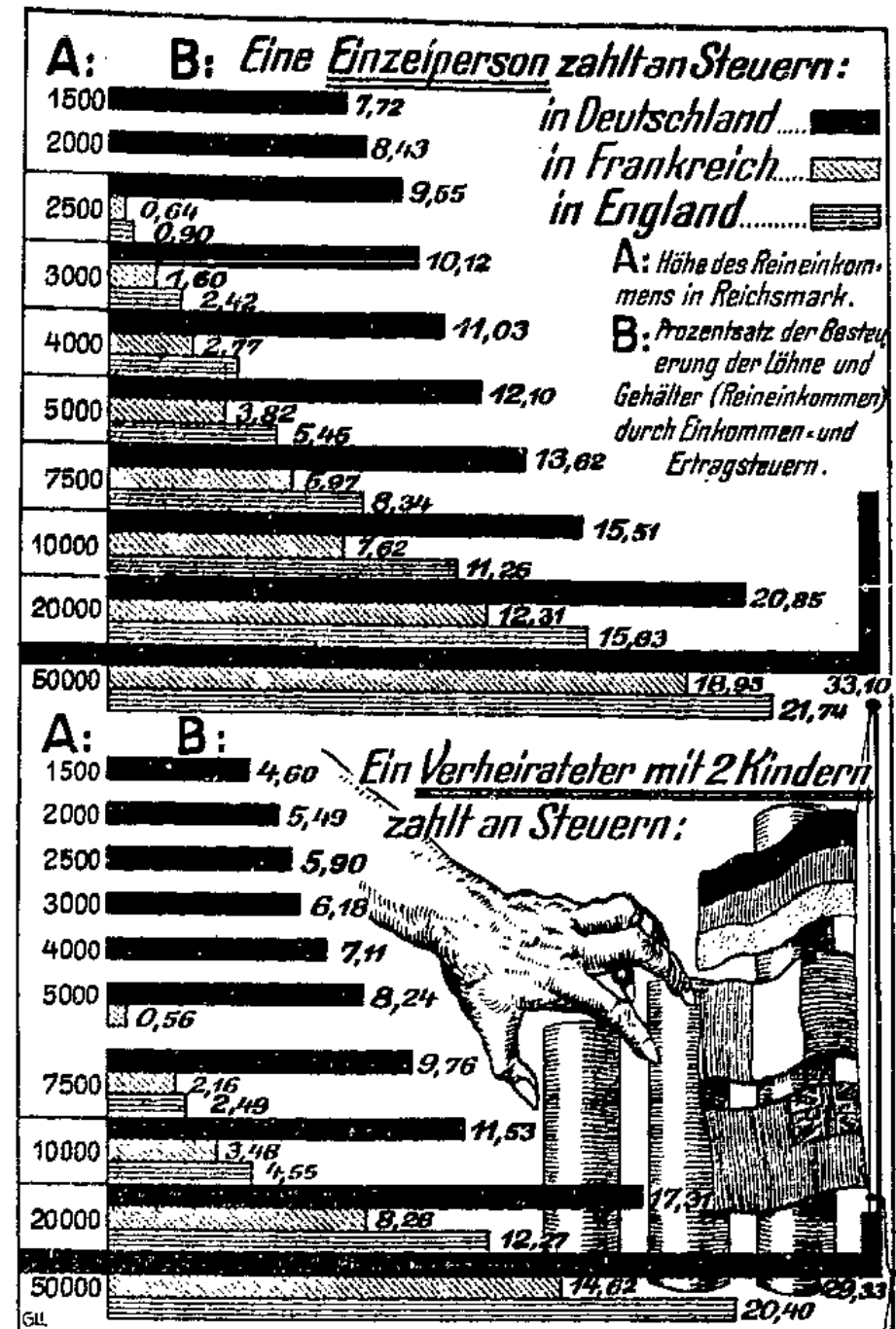
Die Abstimmung über die Gründung von Betriebskrankenkassen wird vom Versicherungsamt durch geheime Wahl vorgenommen. Die einfache Mehrheit entscheidet. Leider muß festgestellt werden, daß es immer noch Arbeiter und Angestellte gibt, die noch nicht wissen, wo bei der Sozialversicherung die Glocken hängen. Wir erheben noch einmal unsere warnende Stimme: Kein organisierter Arbeiter kann für Errichtung von Betriebskrankenkassen stimmen, die in der heutigen Zeit keine Existenzberechtigung mehr haben.

Pfund. Damit hat sich die mittlere Produktion in einem Jahrzehnt auf über 25 Proz. gesteigert, während die Steigerung der Gesamtproduktion sogar 1200 Proz. ausmachte. Auch der Export amerikanischer Kondensmilch ist in ganz kurzen Zeitabschnitten enorm gestiegen. So erhöhte sich der Export des Jahres 1911 in Höhe von 12,18 Mill. engl. Pfund im Jahre 1913 auf 16,52 Mill. Pfund, um bis zum Jahre 1924 die Rekordziffer von 206,81 Mill. Pfund zu erreichen. Trotz der gewaltigen Eigenerzeugung hat Amerika in derselben Zeit auch noch die Einfuhr gesteigert, und zwar von 630 308 Pfund im Jahre 1911 auf 1,77 Mill. Pfund im Jahre 1913 und 6 Mill. Pfund im Jahre 1924. Die Herstellung von Kondensmilch wird in der nordamerikanischen Union in verschiedenen Formen und Eindickungsgraden betrieben, und zwar „offen“ in großen Kannen zum sofortigen Gebrauch und verschlossen in Dosen als Dauerware. Weniger bewährt haben sich Konservierungsmethoden, nach denen man die Erhitzung der Milch umgehen wollte und den Wassergehalt durch Ausfrieren von den festen Bestandteilen zu trennen versuchte, wobei die Abscheidung durch Schleuderkraft unterstützt wurde. Die Erzeugung von Trockenmilch wurde in den Vereinigten Staaten im Jahre 1898 zuerst aufgenommen, entwickelte sich aber ebenfalls sehr rasch, so daß sich bis zum Jahre 1922 bereits 75 Fabriken mit der Herstellung von pulverisierter Milch befaßten. Amerika dürfte heute das einzige Land sein, das

Schützt die Konsumvereine!

Alle Dunkelmänner, Mittelständler und was zu dieser Clique gehört, frohlocken: die Konsumvereine sind in Gefahr! Zwar sind die Konsumvereine nicht

Wer zahlt die meisten Steuern? — Der Deutsche!



Die Steuerbelastung in Deutschland, Frankreich und England.

Das Statistische Reichsamt hat in einer steuerrechtlichen und steuerstatistischen Untersuchung die Steuerbelastung in Deutschland, Frankreich und England verglichen und hierbei festgestellt, daß die steuerliche Belastung in Deutschland bei den kleineren und mittleren, teilweise auch bei den höheren Einkommen das Mehrfache von dem der anderen Länder beträgt. Die Steuerfreigrenzen sind in Frankreich und England mehr als dreimal so hoch als in Deutschland, so daß dort zahlreiche, besonders durch Familienstands- und sonstige Sozialabzüge steuerlich begünstigte verheiratete Lohnarbeiter überhaupt keine Lohn- und Einkommensteuer zahlen, da die Einkommen bis zu 5000 Mark fast gar nicht zur Besteuerung herangezogen werden. In unserer Bildstatistik zeigt die Rubrik A (links) die auf Reichsmark umgerechneten Sätze der verschiedenen Reineinkommenklassen. In der graphisch dargestellten Rubrik B ist der Prozentsatz der erhobenen Einkommen- und Ertragssteuern vom Reineinkommen im Sinne des deutschen Steuerrechts gezeigt. Es sind hier, dem sachlichen Inhalt der steuerrechtlichen Vorschriften entsprechend, Werbungskosten und Sonderleistungen (in Deutschland und Frankreich 480 Mk., in England 360 Mk. jährlich) vom Reineinkommen abgezogen.

Trockenmilch produziert, und dürfte augenblicklich über nahezu 200 Fabriken verfügen. Die Erzeugung wurde 1914 mit 95 075 dz ausgewiesen und 1924 bereits mit 353 898 dz. Im zuletzt erwähnten Jahre wurden etwa 29 Mill. dz Rohmilch in Kondensmilch und 3 Mill. dz Rohmilch in Trockenmilch überführt. Allein in den amerikanischen Backstuben, die als die größten Verbraucher für Trockenmilch anzusehen sind, wurden 1924 rund 440 Mill. Pfund Trockenmilch verbraucht.

In Deutschland ist der Verbrauch an Kondensmilch und anderen Dauermilchprodukten zwar auch groß, jedoch hat sich weder die eigene Industrie noch die Einfuhr auf eine derartige Höhe entwickeln können, daß sie einen Vergleich mit der amerikanischen Leistung zuließe. Das kommt daher, weil erfreulicherweise die deutsche Milchwirtschaft einen besonderen Wert darauf legt, die Bevölkerung mit ausgezeichnete Frischmilch zu versorgen.

Nach Prof. Dr. Ritter steht unter den europäischen Verbrauchern von Kondensmilch Großbritannien an der Spitze, das etwa 39 Proz. der im Welthandel laufenden Umsatzen aufnimmt. England verbraucht große Mengen an Dauermilcherzeugnissen für die Verproviantierung seiner Schiffe, und überdies ist die Kondensmilch auch als Volksnahrungsmittel sehr stark eingeführt. Der zunächst größte Verbraucher ist Kuba, das bis zu 7 Proz. am Weltumsatz beteiligt ist. Erst an dritter Stelle folgt Deutschland mit etwa 6 Proz., worauf Britisch- und

mehr gefährdet als andere Wirtschaftszweige und -unternehmungen, aber eingetretene Schwierigkeiten bei einzelnen Konsumgenossenschaften genügen, um die ganze Bewegung als gefährdet anzusehen. Was liegt der neuerlichen Hetze gegen die Konsumvereine zugrunde? In Berlin ist der Beamten-Wirtschaftsverein, eine bürgerliche Konsumgenossenschaft, der hauptsächlich Beamte angehören und die dem christlichen Konsumverein nahestand, zusammengebrochen. Dieser an sich in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründete Fall hat naturgemäß einiges Aufsehen in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Namentlich wurden die Gegner der Bewegung dadurch auf den Plan gerufen. Diese gingen natürlich daran, den Zusammenbruch eines gemeinnützigen Unternehmens gehörig auszuschlachten. In die Reihen der Konsumvereinsmitglieder wurde ebenfalls eine gewisse Unruhe hineingetragen und geflissentlich genährt. Spargelder wurden abgehoben oder gekündigt und damit die Konsumgenossenschaft an der empfindlichsten Stelle getroffen. Wenn die einzelnen Konsumvereine seit einem Jahr, also seit dem Bankenkraus, Riesensummen zur Auszahlung brachten, so mußten sie einmal knapp an flüssigen Mitteln werden. Die öffentlichen Sparkassen haben verhältnismäßig weit weniger von ihren Einlagen zur Auszahlung bringen müssen und sind überdies durch reichliche Hilfe seitens der Reichsbank und des Staates dazu befähigt worden. Es war ein gutes Recht seitens der Konsumgenossenschaften, wenn sie die Hilfe des Reiches oder öffentlicher Organe für sich ebenfalls zu mobilisieren suchten. Darob großes Geschrei. Die Mittelständler, voran die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels, protestierten durch Eingabe an die Regierung und durch Inszenierung einer öffentlichen Hetze, worüber wir früher berichten konnten. Man hat nichts dagegen einzuwenden gehabt, daß das Reich Tausende von Privatunternehmungen, viele landwirtschaftliche und andere Genossenschaften mit beträchtlichen Geldmitteln über die Krise hinwegzubringen suchte; aber die Konsumgenossenschaften mit dem gleichen Maß messen — ja Bauer, das ist doch etwas anderes.

Die durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen Schwierigkeiten, in die auch die Konsumgenossenschaften geraten sind, bildet der Untergrund einer Hetze gegen letztere. Desto fester müssen alle Arbeiter, Angestellten und Beamten sich schützend vor ihre eigenen Unternehmungen stellen. Schwächung derselben bedeutet eine verlorene Schlacht in dem großen Ringen zwischen Fortschritt und Reaktion. Eine empfindliche Schlappe der Konsumvereinsbewegung ist eine Niederlage, die erst in Jahrzehnten wieder ausgeglichen werden könnte. Es steht außerordentlich viel auf dem Spiel. Das wird schon deutlich durch die Anstrengungen der Gegner bewiesen. Aus alledem die dringende Mahnung: **Schützt euren Konsumverein!**

Autarkiebestrebungen

um den Hering

Zollerhöhungen und neue Subventionen.

Die Reichsregierung plant im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms für den Betrag von 4 Millionen Mark den Bau von 30 neuen Heringssloggern (Fangschiffe) durchzuführen, was nichts anderes darstellt als eine Subvention für die Fischindustrie. Erst vor kurzer Zeit wurde der Zoll pro Faß Heringe auf 3 Mark erhöht, der jetzt auf 9 Mark gesteigert werden soll. Die in Aussicht gestellten Subventionen und die Zollerhöhung stehen in der bisherigen „Stützungsaktion“ einzigartig da. In bestimmte Zweige der Fischindustrie werden erhebliche Beträge gepumpt und gleichzeitig eine wesentliche

Niederländisch-Indien sowie die Philippinen mit je 3 Proz. folgen. Für Deutschland ist dieser hohe Anteil deshalb bemerkenswert, weil es vor dem Kriege fast gar keine ausländische Dauermilch importierte. Ein großes Ausfuhrland für Kondens- und evaporierter Milch ist Norwegen, das in den Jahren 1929 und 1930 je 15,53 und 13,44 Mill. Pfund, in der Hauptsache nach Kuba, Britisch-Ostindien, Britisch-Südafrika und anderen Ländern exportierte. Belgisch-Kongo führt seinen Bedarf an Kondensmilch in der Hauptsache von der Schweiz ein. Die Einfuhr belief sich im Jahre 1926 auf über 253 993 Kilo im Werte von 2,23 Mill. Franken. Daß die Einfuhr kondensierter Milch in verschiedenen Staaten gestört worden ist, hat auch darin seine Ursache, weil die Einführung neuer Zolltarife, Devisenverordnungen usw. auch auf diesem Gebiete zu Depressionen des Marktes führte. Auch Norwegen soll eine ganz empfindliche Schwächung seiner Ausfuhrpositionen erfahren haben, ebenso Nordamerika. In Japan ist erst im Jahre 1928 eine Industrie für Kondensmilch entstanden, die heute bereits 70 Proz. des heimischen Bedarfs decken soll. Eine neue Gesellschaft, die mit einem Aktienkapital von 4 Mill. Yen erst im Jahre 1929 eröffnet wurde, soll eine Leistungsfähigkeit von 200 000 Kisten aufweisen. Die „Dei Nyuseihin Nestle Co.“, so der Name der Gesellschaft, will einen Teil ihrer Erzeugung außer in Japan auch noch in China und anderen südasiatischen Provinzen absetzen. Karl Dopf.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Warnung. In den Ortsgruppen versucht ein Josef Hauser, geboren am 19. März 1913 in Donaueschingen, die Lokalkassen zu plündern. Hauser soll über viele Mitgliedsausweise verfügen, von denen einer am 27. Januar 1932 ausgestellt ist. Dem Schwindler sind die Mitgliedsausweise abzunehmen und an den Vorstand einzusenden.

Ungültig erklärt wird das Mitgliedsbuch Nr. 63943 für Franz Reuß, Eisenberg i. Th. Beim Vorzeigen einziehen und an den Vorstand einsenden.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 26. August bis 1. September 1932.

Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

Ortsgruppen.

Aachen 24,—, Berlin 8,10, Gerabronn 130,—, Mersburg 600,—, Radolfzell 200,—, Ravensburg 90,—, Storkow 25,12, Mühlhausen 150,—, Berlin 1,30, Heidelberg 350,—, Aachen 8,—, Bautzen 44,80, Bochum 18,—, Breslau 18,88, Cleve 15,12, Herford 13,68, Königsberg i. Pr. 31,76, Krefeld 18,—, Liegnitz 16,92, Neustadt (Hardt) 14,56, Trier 16,80, Ulm a. d. D. 13,32, Grabow 1500,—, Neubrandenburg 100,—, Ortelsburg 70,—, Berlin 379,34, 59,20, Brieg 200,—, Irlbach 1,65, Burg bei Magdeburg 200,—, Dürkheim 189,—, Rungen 140,—, Wittstock 35,—, Waren 45,—, Berlin 194,—.

Sonstiges:

Berlin 0,50, 124,81, 3,25, 350,—, 47,40, Stuttgart 3,50, Berlin 141,40, Monheim 67,20, Berlin 53,03, 100,—, Paris 0,25.

FRAGE UND ANTWORT

Kollege, mich beschäftigt alle Tage nur die Frage:

Gehört deine Hand noch fest dem Verband? Oder denkst du bereits so wie die Wähler der RGO?

Ueberlege, die Moskowiter gehen andere Wege. Was wir in langem Ringen geschafft, wollen sie plötzlich an sich raffen. Moskau befiehlt!

Darum sieh zu, daß ein Phraseur nicht stiehlt, was du in Not und Entbehrung errungen, was du jahrzehntlang vom Gegner erzwungen. — Und wenn sie kommen und rufen: Hallo, Hilfe bringt allein unsere RGO!

Dann, Kollege, nimm den Verband fest in die Hand! Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft kann dich lehren, ob du jemals kannst den Verband entbehren. Und lockt sie weiter, die falsche Pest, Kollege, bleibe fest!

Und schwöre aufs neue mit tausenden Gleichgesinnten deinem Verband die Treue.

Alfred Neumeister.

Korrespondenzen

Berlin. (Nazis verlieren 30 Proz. ihrer Stimmen.) Am 22./23. März d. J. bei den letzten Wahlen zum Betriebs- und Arbeiterrat in den Etha-Werken in Britz war es den Nazis gelungen, 107 Stimmen auf ihrer Liste zu erringen. Die Liste der freien Gewerkschaften erhielt 301 Stimmen. Scheinbar war den Nazis ihr Erfolg nicht groß genug, denn die Wahl wurde von ihnen angefochten und vom Arbeitsgericht für ungültig erklärt, weil sie unzulässige Wahlpropaganda im Wahlraum und Wahlschnüffelei betrieben hatten. Wenn die Jünger Hitlers geglaubt hatten, bei der Neuwahl noch mehr Stimmen zu erhalten, so sind sie arg enttäuscht worden. Ihre Stimmenzahl ging bei der Wahl am 30./31. August von 107 auf 73 Stimmen zurück. Ein glatter Verlust von 30 Proz. Die freien Gewerkschaften konnten ihre Stimmenzahl von 301 auf 309 steigern und gegenüber der letzten Wahl noch ein Mandat gewinnen. Die Nazis dagegen haben 1 Mandat verloren und besitzen nur noch eins. Die Liste der christlichen Gewerkschaften ging bei der Mandatsverteilung leer aus. Der Betriebsrat, soweit die gewerblichen Beschäftigten in Frage kommen, setzt sich aus 5 Freigewerkschaftern und 1 Nazi zusammen. Dazu kommen noch 2 Ergänzungsmitglieder zum Arbeiterrat, die ebenfalls von den freien Gewerkschaften gestellt werden. Dank der Disziplin und hervorragenden Arbeit der freigewerkschaftlichen Mitglieder und Funktionäre haben die freien Gewerkschaften sich glänzend geschlagen. Bei den Nazis herrscht ob der erlittenen Niederlage betretenes Schweigen. Hätten die Kommunisten tatsächlich die „rote Einheitsfront“ gebildet durch Unterstützung der Liste der freien Gewerkschaften, wäre es möglich gewesen, die Nazis vollständig von der Betriebsvertretung auszuschalten. Sollte es den Nazis nach einer erneuten Wahlenfechtung gelüsten, so wird die nächste Wahl dann mit dem Nazispuk in den Etha-Werken endgültig aufzuräumen.

Flensburg. (Unser ältestes Verbandsmitglied.) Wir konnten bereits in Nr. 19 Jahrgang 1928 der „Einigkeit“ berichten, daß Frau Marie Jensen unser ältestes weibliches Verbandsmitglied ist. Sie wurde am 30. September 1842 in Sonderburg geboren, trat am

Verteuerung eines wichtigen Volksnahrungsmittels vorgenommen. Diese Maßnahmen sollen in erster Linie dazu dienen, die deutsche Heringsproduktion zu steigern. Eine Preissteigerung muß aber Konsumrückgang im Gefolge haben.

Die Heringsfischerei ist ein besonderes Schmerzenskind der deutschen Wirtschaft. Sie ließ sich nur dadurch aufrechterhalten, daß vom Reich für jedes Faß Heringe eine Fangprämie von 2 Mark gezahlt wurde. Die Fischereien bekamen dadurch in den letzten 5 Jahren vom Staat 3,6 Millionen Mark. Mit den neuen Maßnahmen will die Regierung die Autarkie am Heringsmarkt endgültig durchführen und vom Ausland vollständig unabhängig sein.

Die Eigenproduktion betrug 1931 317 000 Faß Heringe, der eine Einfuhr von 968 000 Faß gegenüberstand. Die Absichten der Reichsregierung sind ein zweifelhaftes Unternehmen, selbst wenn durch die neuen 30 Logger eine Mehrleistung von 80 000 bis 90 000 Faß erreicht würde, bleibt mehr als die Hälfte des deutschen Heringsbedarfes ungedeckt.

Die Auswirkungen für die Beschäftigten in der Fischindustrie werden infolge der enormen Preissteigerung unübersehbar sein. Nicht nur eine höchst verbraucherfeindliche Politik wird getrieben, sondern es ist auch eine unverzeihliche Kurzsichtigkeit, weil dadurch der deutschen Volkswirtschaft nicht geholfen wird. Das neue Schlagwort und die neue Wirtschaftsform „Autarkie“, der zuerst der Hering geopfert werden soll, löst nicht nur schwerste Bedenken aus, sondern wird zwangsläufig dazu führen, daß die Fischindustrie und insbesondere die in ihr Beschäftigten erneut und einschneidend geschädigt werden.

Der Zoll-Wahnsinn geht weiter!

Zollsteigerungen um ein Vielfaches.

Noch ehe das „Wirtschaftsprogramm“ der Regierung der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde, beilegte sie sich, die Zölle für eine Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse und industrieller Produkte zu erhöhen. Damit tritt die deutsche Zollpolitik in ein entscheidendes Stadium ein. Die bisherige Nachkriegszollpolitik war so weit ausgebaut, daß eine weitere Zollerhöhung, sollte sie nicht unübersehbaren Schaden auf dem Gebiete des Außenhandels und der Binnenwirtschaft anrichten, gedrosselt werden mußte. Erst nachdem der politisch-reaktionäre Kurs, dessen würdigste Repräsentanten die Junker und Barone sind, an das Staatssteuer kam, ist eine ganz wesentliche Verschärfung der Zollpolitik eingetreten. Die Verbundenheit dieses herrschenden „Systems“ mit der Landwirtschaft ist viel zu stark, daß ihr nicht durch weitere Zollerhöhungen entgegengekommen würde. Der Zweck heiligt die Mittel. Eine wesentliche Verteuerung aller Auslandsprodukte durch Zollerhöhungen nimmt dem Volke den Geschmack an diesen Dingen, verdrängt sie vom Markt und fördert den heimischen Umsatz.

Soweit wäre alles gut, wenn nicht die Nachfrage den Preis regeln würde. Die Konkurrenz ausländischer Produkte hört auf, dadurch steigen die Preise für inländische Erzeugnisse zur „Hebung und Förderung der deutschen Industrie und Landwirtschaft“. Die Zölle sind für landwirtschaftliche Erzeugnisse um ein Vielfaches gesteigert worden. Mit den industriellen Erzeugnissen, Textilwaren, Musikinstrumenten, Büromaschinen und anderen Dingen verhält es sich ebenso. Hier beträgt die Zollsteigerung bis zu 300 Prozent der bisherigen Sätze. Soweit insbesondere die Fleisch-, Vieh-, Mehl- und Getreidezufuhr in Frage kommt, geht die Tendenz bekanntlich dahin, sie durch unerhört hohe Zölle vollständig zu unterbinden. Regierungsseitig wird der Standpunkt vertreten, Deutschland soll aus eigener Kraft seinen Bedarf decken. Die unmittelbare Folge werden Preissteigerungen sein und weiterer Konsumschwund. Das ist noch immer die wirtschaftliche Reaktion jeder Zollerhöhung, daß ihr eine Preissteigerung folgt. Sie aber ist bei dem starken Kaufkraftschwund und dem Lohnabbau eine sehr gefährliche Erscheinung.

Eine andere Frage ist, wie das Ausland auf die Zollerhöhungen reagiert. Die erste Erschütterung, die sich zeigt, ist eine empfindliche Störung im Warenverkehr. Deutschland muß ausführen, wenn es lebensfähig bleiben will. Deshalb werden die „Autarkiebestrebungen“ eine Autarkie des Auslandes auslösen, die sich bis zum Boykott deutscher Waren steigern kann. Führt Deutschland so weiter fort, dann wird es wirtschaftlich bald isoliert sein. Das typischste Beispiel dafür lieferte die Leipziger Herbstmesse. Dort erklärten ausländische Einkäufer, sie könnten es nicht mehr wagen, deutsche Waren einzukaufen, weil ihnen durch ihre Landsleute der Boykott drohe.

Das Unterfangen der Reichsregierung mit der Verschärfung der Zollpolitik ist deshalb nicht nur höchst unwirtschaftlich, sondern auch unverständlich vom Standpunkt der internationalen Warenversorgung. Die Arbeiterschaft hat sich noch nie mit den Zöllen befreundet können, weil sie erkannt hat, daß sie nicht nur die deutsche Wirtschaft stören, die Arbeitslosigkeit vermehren, sondern auch dazu beitragen, daß die Lebenshaltung künstlich verteuert wird. Deshalb hat die Reichsregierung schärfste Ablehnung durch die Arbeiterschaft zu erwarten.

25. Oktober 1896 dem Verbands bei und schied infolge eines Streikes im Jahre 1910 aus dem Arbeitsprozeß aus. Nunmehr kann am 30. September unsere wackere Kollegen ihren 90. Geburtstag bei voller Rüstigkeit begehen. Unsere Ortsgruppe wird ihrerseits neben dem Vorstand Gelegenheit nehmen, der Kollegin Jensen herzlichste Glückwünsche zu überbringen und ihr einen weiteren ruhigen und sonnigen Lebensabend wünschen.

Koblenz. (Rückständige Weingroßhändler.) Des öfteren schon mußten wir uns an dieser Stelle mit den Koblenzer Weinmagnaten auseinandersetzen. Ein Tarifabschluß, selbst vor dem Schlichtungsausschuß, ist mit ihnen nicht möglich. Sie fühlern sich schon im Dritten Reich. — Zu diesen Scharfmachern gehören besonders die Firmen „Vereinigte Weingutsbesitzer“, Weingroßhandlung—Sektellerei G. m. b. H., Koblenz, genannt V. W., sowie auch die Weingroßhandlung der Gräfin von Königsmark. Ausgerechnet zwei Firmen, die großen Wert auf ihren Namen legen. Ganz besonders glaubt doch die Inhaberin der Königsmarschen Weinkellerei einen recht guten Namen zu haben. — Wir erfuhren auch aus einer Zeitschrift, wie es um ihren guten Namen bestellt ist. Fest steht, daß die Inhaberin dieser gräflichen Firma aus einer Arbeiterfamilie stammt, von der man annehmen dürfte, daß sie über soziales Verständnis verfügt. Sie mutet aber „ihren“ Arbeitern zu, für Löhne zu arbeiten, wie sie nicht üblich sind. Diese Meinung teilt auch der Inhaber der Firma „Vereinigte Weingutsbesitzer G. m. b. H.“. Dieser Herr nennt die Bruttolöhne von 32 Mark für verheiratete Kellereiarbeiter Luxuslöhne, und ist der Meinung, daß seine Arbeiter noch viel zuviel Fleisch essen. Er setzt die tariflichen Löhne am schwarzen Brett einfach um 4 Mark herunter mit dem Bemerkung, wer am Montag wieder zur Arbeit erscheint, ist mit dem Diktat einverstanden. Also: Friß Vogel — oder du fliegst! — Den vom Schlichtungsausschuß mit 28,80 Mark festgesetzten Lohn erklärt er als Luxuslohn und erkennt den Schiedsspruch nicht an. Die Firma V. W. liebt es, ihre Leute im Betrieb zusammenzutrommeln, um ihnen einzubleuen, daß Gewerkschaften und Tariflöhne von ihr nicht anerkannt würden. Sie will selbst bestimmen, welche Löhne ihre Arbeiter verdienen sollen. — Zur Begründung ihres Lohnabbaues weisen diese Firmen gern auf ihre angebliche Konkurrenz hin. Wir bemerken hierzu ausdrücklich, daß die übrigen Firmen der Weinbranche in Koblenz gar nicht daran denken, die an sich schon niedrigen Löhne noch zu senken. — Trotz der Beeinflussungen und Drohungen der Unternehmer gegenüber ihrer Arbeiterschaft sind sich diese der rechtlichen Bedeutung der tariflichen Lohnregelung bewußt. Sie lehnen die diktatorischen Maßnahmen ihrer Unternehmer ab und verlangen das Mitbestimmungsrecht durch ihre Gewerkschaftsvertretung.

Gewerkschaftliche Rundschau

Metallarbeiter-Verbandstag. Der in der Woche vom 22. bis 27. August in Dortmund tagende Metallarbeiter-Verbandstag rechtfertigte von neuem die Krisenfestigkeit der freien Gewerkschaften. Der Verbandstag beschäftigte sich mit der furchtbaren Auswirkung der Krise und stellte fest, daß sie nur auf ein Versagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems zurückzuführen sei. Der Verbandstag beschäftigte sich dann mit der Frage der Unabdingbarkeit der Tarifverträge, mit der Verkürzung der Arbeitszeit und mit den sogenannten „revolutionären“ Organisationen. Aus dem Kassenbericht ist erwähnenswert, daß der Verband seit Beginn der Krise 34 Millionen Mark mehr ausgegeben hat als er einnahm, und trotzdem ist die finanzielle Grundlage der Organisation unerschüttert. Die bestehenden Unterstützungsbestimmungen wurden der veränderten Wirtschaftslage angepaßt. Der bisherige Vorstand, die Schriftleitung der „Metallarbeiter-Zeitung“ und der Vorsitzende des Verbandsausschusses wurden gegen wenige Stimmen wiedergewählt.

Für den Sechsstundentag. Der amerikanische Gewerkschaftsbund hat großzügige Vorschläge zur Behebung der Wirtschaftskrise veröffentlicht, deren bedeutendster darin gipfelt, alsbald den Sechsstundentag und die Fünftagewoche einzuführen. Unter den weiteren Forderungen ist die Revision des Antitrustgesetzes, die Aufhebung der Prohibition, die Erweiterung des Programms zur Beschaffung öffentlicher Arbeiten und eine Verkürzung der Ausgaben und eine Reorganisation der öffentlichen Verwaltung zu nennen. Der demnächst zusammentretende englische Gewerkschaftskongreß fordert ebenfalls die Einführung der Sechsstundentage und erklärt die bisherige Achtundvierzigstundentage für überholt.

Preisausschreiben. Um der studierenden Jugend trotz der Wirtschaftskrise die Freude an ernster wissenschaftlicher Arbeit zu erhalten und sie zur Beschäftigung mit Fragen anzuregen, die ihnen das Wirken und Wollen der deutschen Gewerkschaften näherbringen, hatte der ADGB vor 1 1/2 Jahren ein Preisausschreiben erlassen. Das Preisrichterkollegium hat jetzt sein Urteil über die eingegangenen Arbeiten abgegeben. Die Aufgabe „Wirkungen des modernen Arbeitsrechtes auf die Rechtsgestaltung der Sozialversicherung“ hat nur eine Bearbeitung gefunden, der aber ein Preis nicht zuerteilt werden konnte. Zur Aufgabe „Der Meinungsstreit um die Wirtschaftsdemokratie seit dem Hamburger Gewerkschaftskongreß“ lagen sechs Bewerbungen vor, von denen zwei mit je einem zweiten Preis ausgezeichnet wurden.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Zunehmende Arbeitslosigkeit in USA. Der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (Federation of Labor), William Green, erklärte auf einer Tagung in Washington, daß bis Januar 1933 mit 13 Millionen Arbeitslosen in USA. zu rechnen sei.

Papen-Hausse an der Börse. Das durch die Reichsregierung verkündete Wirtschaftsprogramm hatte zur Folge, daß sich Kursbesserungen an der Berliner Börse von 2 bis 7 Proz. zeigten. Diese „Programmkäufe“, wie sie nicht anders genannt werden können, sind in erster Linie Werte von Gesellschaften, die als Lieferanten für Instandsetzungsarbeiten und Aufträge in Frage kommen, insbesondere Montanaktien. Eigentümlich dabei ist, daß lediglich nur das Publikum kauft, nicht aber die Großbanken, die lieber recht schnell verkaufen möchten. Dieser Zustand zeugt von keinem besonders großen Vertrauen der Großbanken zum Wirtschaftsprogramm, denn mit dem vorläufigen Nichtverkauf dieser Werte würden sich ihnen gute Gewinnchancen bieten.

Rückläufige Reichseinnahmen. Das Reichsteueraufkommen für den Monat Juli beträgt 578 Mill. Mk. und bleibt rd 250,2 Mill. Mk. gegenüber 828,2 Mill. Mk. im Juli 1931 zurück. Das gesamte Steueraufkommen für Juli 1932 setzt sich aus 287,8 Millionen Besitz- und Verkehrssteuern und 290,2 Millionen aus Zöllen und Verbrauchssteuern zusammen. Im einzelnen werden die Steuern wie folgt ausgewiesen: Einkommensteuer 89,98 Mill., Lohnsteuer 64,99 Mill., Krisensteuer 13,19 Mill., Umsatzsteuer 118,2 Mill., Reichsfluchtsteuer 80 000 Mk., Zölle 159,3 Mill., die zum erstenmal erhobene Salzsteuer mit 55 800 Mk. und die Biersteuer mit 22,87 Mill. Mk.

Konferenz von Ottawa. Durch die britische Reichskonferenz in Ottawa sind mit Neuseeland, Australien und Südafrika besondere Abmachungen über die Fleischeinfuhr nach England getroffen worden. Damit werden die Vorrechte der englischen Dominien für Hammel-, Lamm- und Rindfleisch in gefrorenem Zustand und die Kontingentierungsmöglichkeiten geregelt. Dem Abkommen sind bestimmte Bedingungen beigefügt, wonach die Preise für eigene landwirtschaftliche Fleischerzeugnisse erhöht werden, der die Preise für das Gefrierfleisch folgen müssen. Weiter soll die Einfuhr von Gefrierfleisch nach England in bestimmten Grenzen gehalten werden, während sich Großbritannien verpflichtet, seinerseits die Einfuhr von Fleisch aus nicht zum Empire gehörenden Ländern zu regulieren. Soweit von dem Abkommen Kanada berührt wird, genehmigt England, selbstverständlich unter Vorbehaltung der eigenen Schweinezüchtentwicklung die freie Einfuhr von nicht mehr als 2,5 Millionen Zentner Speck und Schinken.

Drei Millionen fehlende Wohnungen. Auf der Tagung des Bundes Deutscher Mietervereine betonte der Hauptredner, daß heute ein ungedeckter Fehlbetrag von 600 000 bis 1 000 000 Wohnungen bestehe. Von 1930 bis 1940 bestände ein laufender Jahresbetrag von jährlich 300 000 Wohnungen. Zu diesen Zahlen gelange man, wenn man die Wohnungsnot und die vorhandenen Haushaltungen in Berücksichtigung ziehe. Das Baugewerbe Deutschlands müßte mithin noch voll beschäftigt sein.

Gegnerische Organisationen

Wie die Gelben lügen können. Der gelbe meistertreue Bäckerbund glaubt dadurch billig zu Tarifverträgen zu kommen, daß er sich dann herandrängt, wenn wir mit den Bäckerinnungen einen Vertrag vereinbart haben. Dieses Manöver wandte er auch in Flensburg an und beantragte beim Reichsarbeitsminister als Tarifkontrahent aufgenommen zu werden. Zur Begründung wurde in der gelben Zentrale folgendes Märlein erfunden: Die gelbe Ortsgruppe hat 75 Proz. der Kollegen im Flensburger Bezirk erfaßt und steht im dauernden Tarifverhältnis mit der genannten Innung, so daß es unverständlich ist, daß der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband den Mut aufbringt, den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit zu stellen. Diese Behauptung ist eine wissenschaftliche Lüge. Für ihre unverschämte Frechheit, beim Reichsarbeitsminister mit einem aufgelegten Schwindel die Einbeziehung in den Tarifvertrag zu erreichen, mußten die Gelben vom Arbeitgeberverband e. V., Flensburg, schallende Ohrfeigen einstecken. Diese Unternehmerorganisation berichtete an den Reichsarbeitsminister: Von der Behauptung des gelben Bundes, daß dieser in dauerndem Tarifverhältnis mit der Flensburger Bäckerinnung steht, ist nichts bekannt. Auch bestätigt die Innung, daß ein Tarifvertrag mit dem Bund der Bäcker- (Konditor-) Gesellen Deutschlands niemals bestanden hat. Seit jeher vertritt der Arbeitgeberverband, die Bäckerinnung und die Brotfabrikanten, die nicht zur Innung gehören. Für diese Gruppe hat der Arbeitgeberverband lediglich ein Tarifverhältnis mit dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

Es muß schlecht um die gelben Meistertreuen bestellt sein, wenn sie zu dem schäbigen Mittel plumper Lügen greifen müssen, um ihr Ziel zu erreichen. Die Entlarvung als Lügner hat der Bund wohl verdient. Wann ist der nächste Schwindel fällig?

Reif für das Irrenhaus. Die niederschlesische Nazizeitung beweist, daß ihre Redaktion mit Vorliebe den Sauherdenton liebt. Wir lesen in einer Ausgabe:

„Einigkeit.“

So nennt sich ein Sudelblatt des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, das anscheinend von Berliner Juden in dem Glauben geleitet wird, daß der Getränkearbeiter unter dauerndem Nebel stünde, um von seinen Schweinehünderieen geistig gefüttert zu werden. Den Gipfel hundsgemeiner Agitation erklimmt ein gewisser Schlagzu, hinter welchem Scheinnamen sich offenbar ein ganz gewisser Lump verbirgt, der in romanhafter Fortsetzung unter dem Titel „Deutschland erwacht“ eine Bilderfolge seines krankhaften Gehirns veröffentlicht, die anscheinend im Suff geschrieben worden ist. Die gemeinste Schundpresse Breslaus ergeht sich nicht in solcher Wälzung in Schweinerei wie dieses angebliche Gewerkschaftsblatt.“

Mit der Veröffentlichung unserer Skizze „Deutschland erwacht“ haben wir bewiesen, daß bei den Faschisten tatsächlich solche Zustände bestehen, sie werden auch von dem schlesischen Faschistenblatt bestätigt.

Genossenschaftliche Rundschau

Die Reichswerbwoche der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften, wird in der Zeit vom 9. bis einschließlich 16. Oktober veranstaltet. Sie soll dazu beitragen, den in der Verbraucherbewegung lebenden und wirkenden Gemeinschaftsgedanken in die weitesten Volkskreise zu tragen. Die ideelle Seite der Konsumgenossenschaftsbewegung verdient um so mehr in den Vordergrund gerückt zu werden, je stärker sich die wirtschaftliche Stellung der Konsumgenossenschaften entwickelt. Die Konsumgenossenschaften wollen keine verbesserten Handelsbetriebe sein. Sie streben nicht nach dem Dienst am Kunden, sondern nach dem Dienst an der Menschheit. Der Menschheit zu dienen, ist gewiß die Pflicht der gesamten Wirtschaft. Doch die Erfüllung dieser Pflicht wird keineswegs allgemein angestrebt. Um so notwendiger ist es, daß die Wirtschaft der Verbraucher, für die der Dienst an der Menschheit das vornehmste Gesetz bedeutet, gestärkt und gefördert wird. Möge der alte Werberuf der Konsumgenossenschaften in allen Teilen des Reiches hunderttausendfach erschallen und wirken: „Jeder Verbraucher sei Mitglied einer Konsumgenossenschaft!“

Allgemeine Rundschau

Eine Statistik des Grauens. „Die Welt am Montag“ hat alle Verbrechen zusammengezählt, die auf das Konto der sogenannten NSDAP. in der Zeit vom 31. Juli bis 13. August fallen. Dabei erhebt diese grauenhafte Statistik keinen Anspruch auf Vollständigkeit. In diesen 14 Tagen wurden nach dieser Statistik in Deutschland 53 Bombenanschläge, 33 Feuerüberfälle auf Personen und Privatwohnungen und 6 Feuerüberfälle auf Arbeiterlokale verübt. 8 Tote, 21 Schwer- und Leichtverletzte blieben als Opfer der Terrorakte auf der Strecke. Es wurden verübt Bombenanschläge auf Gebäude: a) Gewerkschaftshäuser 12; b) Konsumvereine 3; c) Zeitungsverlage 7; d) Warenhäuser 5; e) Wohnhäuser 17; f) Öffentliche Gebäude 6; g) Geschäftshäuser 3; Zusammen 53. Feuerüberfälle auf Wohnungen: a) Nachts im Bett überfallen und beschossen 30; b) auf der Straße beschossen 3; c) Feuerüberfälle auf Arbeiterlokale 6. Feuerüberfälle insgesamt 39. Steine und Pistolenchüsse gegen Schaufenster: a) Kaufhäuser, Konsumvereine, Volksbuchhandlungen 15; b) Reichsbankfiliale 1. Zusammen 16. Es handelt sich bei den erfaßten Fällen um Verbrechen, für die auch amtlich nachweisbar ausschließlich SA.- und SS.-Leute in Frage kommen.

Die Macht der Presse. In Deutschland gibt es nach den neuesten Erhebungen 4703 Tageszeitungen, deren Auflage sich zwischen 55 000 bis 559 000 Exemplaren bewegt. Zeitungen, die über 100 000 Exemplare Auflage haben, gibt es 23. Bezeichnenderweise nennen sich 43 Prozent „parteilos“, als reine Parteizeitungen können 22 Prozent angesprochen werden, während 26 Prozent sogenannte Richtungszeitungen sind und bei 9 Prozent fehlen die Angaben. Von den politischen Zeitungen bekennen sich 28 Prozent nach rechts, 13 Prozent gehören zur Mitte und nur 8 Prozent sind der Linken zuzurechnen. Die SPD. ist mit 135, die Bayerische Volkspartei und das Zentrum mit 600 Zeitungen vertreten, während die Nazis bereits 1931 120 Zeitungen hatten, deren Zahl aber nicht gestiegen ist.

Wandlungen des „Pg.“ Scholz. Der Rundfunkkommissar Scholz ist von einer politischen Wendigkeit ohnegleichen. Er hat jederzeit zwei Eisen im Feuer. Der Stresemann-Republikaner wurde von dem deutschnationalen Reichsinnenminister von Keudell nicht befördert, sondern mußte auf die Objektivität des Sozialdemokraten Severing warten, um vom Oberregierungsrat zum Ministerialrat und Vorsitzenden des politischen Ueberwachungsausschusses befördert zu werden. Scholz trat bald aus der Volkspartei aus und ging zu den Deutschnationalen. Auch aus dieser Partei schied er rechtzeitig aus, um sich den

Nationalsozialisten anzuschließen und so Rundfunkdiktator zu werden. Scholz scheint sich aber zwischen zwei Stühlen gesetzt zu haben: Seine Naziparteifreunde sind nicht zufrieden mit ihm und seiner Rundfunkarbeit und behandeln ihn als Außenseiter. Ausführlich wird hierüber und über sämtliche anderen politischen Rundfunkfragen im neuen Heft des „Volksfunk“ berichtet. Der „Volksfunk“ kann bei jeder Postanstalt für monatlich 96 Pf. frei Haus wie auch bei jeder Postanstalt bestellt werden. Kostenlose Probehefte fordert man vom Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68.

Literatur

Der „Wahre Jacob“ ist wieder da! Nach vierwöchiger Verbotsdauer ist nunmehr der „Wahre Jacob“, das alte Witzblatt der Arbeitererschaft, wieder erschienen. Die neueste Nummer erscheint als Sonderausgabe unter dem Titel „Wieder in Freiheit!“ In der alten freien und unbekümmerten Weise, ohne irgendwelche Zeichen von Reue, wird zu dem Verbot selbst Stellung genommen, mit Erinnerungen und Streubildern wird nicht nur dieses, sondern die gesamte Reaktion karikiert.

Der tschechische Arbeiterdichter Ivan Olbracht wird durch die Büchergilde Gutenberg jetzt einer größeren Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Sein bedeutendster Roman „Der vergitterte Spiegel“ erscheint im 3. Quartal bei der Büchergilde Gutenberg, und das jetzt vorliegende September-Heft dieser Gemeinschaft werktätiger Buchleser kündigt das Buch mit einem instruktiven Artikel über Ivan Olbracht und die wichtigsten Vertreter der tschechischen proletarischen Dichtung an. „Ein Gang durch das alte Prag“ von Edgar Hahnwald, ein charakteristischer Auszug aus dem Olbracht-Roman, Artikel über tschechische Buchkunst und über den Aufbau einer sozialistischen Kultur in der Tschechoslowakei und ausdrucksvolle Holzschnitte eines tschechischen Künstlers — alles in allem ein kleiner Querschnitt durch ein Land, das uns zwar benachbart ist, von dem wir aber bisher herzlich wenig wußten. Die Zeitschrift „Die Büchergilde“ geht den Mitgliedern kostenfrei zu.

Unserem Kollegen **Willi Plänkert** und **Hermann Rottbusch** nebst ihren lieben Frauen nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,40]

Die Kollegen der **Aktien-Bierbrauerei Essen** und die Ortsgruppe Essen

Unserem Kollegen, dem **Brauer Hans Eckert** und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,40]

Die organisierten **Brauer und Böttcher der Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei, Abteilung V, Breslau**

Unserem Kollegen **Hans Blümlein** und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [2,40]

Die Kolleginnen und Kollegen der **Brauerei Feldschlößchen H. Treiber und Ortsgruppe Oggersheim**

Unserer Kollegin **Ella Martha Möckel** nebst ihrem lieben Mann zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]

Unserem lieben Kollegen, dem **Brauer Hans Brüggemann**, nebst seiner lieben Frau nachträglich unsere herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der **Hansa-Brauerei AG., Lübeck** [1,80]

Unserem Koll. **Hermann Maronna** nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,50]

Unserem lieben Freund und Kollegen **Heinrich Kohl** zu seinem am 9. September 1932 stattfindenden 25-jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [2,40]

Die Kolleginnen und Kollegen des **Reginatis-Brunnens Niedermendig, Die Ortsgruppe Koblenz**

Unserem Kollegen **Georg Wank** und seiner lieben Frau nachträglich zur silbernen Hochzeit, sowie unserem Kollegen **Heilmut Laue** und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]

Uns. lieben Mitarbeiter **Michael Schultek** zum 25-jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichen Glückwünsche. Die Kollegen des **Kölnier Industriekonsums** [1,50]

Unser. werten Kollegen **Hermann Kwech** und seiner lieben Frau zu ihrer stattgefundenen Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]

Zum 25-jährigen Dienstjubiläum unserem **Backmeister u. Mitarbeiter Karl Heilmann** u. unserem Kollegen **Heinrich Kramer** zum 25-jährigen Verbandsjubiläum ein herzliches Glückauf. [2,10]

Die Kollegen der **Firma Holbutko**

Nachruf!
Unser Kollege [3,30] **Wilhelm Pflanz** wurde uns durch den Tod entrisen. Ehre seinem Andenken! Die Kolleginnen u. Kollegen der Ortsgruppe Oggersheim

Nachruf!
Am 28. August starb unser lieber Kollege, der Bierfahrer v. der Schultheiß-Niederlage **Friedrich Schmidt**

Wir werden diesem treuen Kollegen stets ein ehrendes Andenken bewahren. [3,90]

Ortsgruppe Frankfurt a. d. O.

Nachruf!
Im Monat August verstarben folgende Mitglieder:
Anna Seeliger, Fleischereiverkäuferin
Friedrich Schälke, Kellerarbeiter
Luise Schwengler, Etikettiererin
Ottomar Thielheim, Bäcker
Hermann Giese, Süßwarenarbeiter
Paul Mehl, Brauer, Invalide
August Krüger, Brauer, Invalide
Paul Schmeckel, Brauer, Invalide
Ehre ihrem Ankenken! [10,80]

Ortsgruppe Groß-Berlin

Schon wieder Preisabbau
in Fahrradersatzteilen! Decken 1,—Mk.
Schläuche 0,50Mk., Rücklichte 0,25Mk.
Verlangt Kataloge!
LINDGAR-FAHRRADWERK AG.
Gewerkschaftsunternehmen Berlin-Lichtenrade

Frauenrecht

JAROSLAV HÁSEK: Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

34. Fortsetzung.

14.

Schwejk als Offiziersdiener bei Oberleutnant Lukasch.

1.

Schwejks Glück sollte nicht lange währen. Das unerbitliche Schicksal zerriß das freundschaftliche Verhältnis zwischen ihm und dem Feldkurat. Wenn der Feldkurat bis zu dieser Begebenheit eine sympathische Gestalt war, so ist das, was er jetzt tat, geeignet, ihm die sympathische Maske vom Gesicht zu reißen.

Der Feldkurat verkaufte Schwejk an Oberleutnant Lukasch, oder besser gesagt, verspielte ihn beim Kartenspiel. So hat man früher in Rußland die Leibeigenen verkauft. Es kam so unverhofft. In einer netten Gesellschaft bei Oberleutnant Lukasch spielte man „Einundzwanzig“.

Der Feldkurat verspielte alles und zu guter Letzt sagte er: „Wieviel borgen Sie mir auf meinen Burschen? Ein kolossaler Trottl und eine interessante Figur, etwas non plus ultra. So einen Burschen hat noch niemand gehabt.“

„Ich borg dir hundert Kronen“, machte sich Oberleutnant Lukasch erbötig, „wenn ich sie übermorgen nicht bekomme, schickst du mir diese Rarität. Mein Putzblech ist ein ekelhafter Mensch. Fortwährend seufzt er, schreibt nach Hause Briefe, und dabei stiehlt er, was ihm unter die Hand kommt. Ich hab ihn schon geschlagen, aber es nützt nichts. Ich hab' ihm paar Vorderzähne herausgehaut, aber der Kerl bessert sich nicht.“

„Also, es gilt“, sagte der Feldkurat leichtsinnig, „entweder übermorgen hundert Kronen oder den Schwejk.“

Er verlor auch diese hundert Kronen und ging traurig nach Hause. Er wußte bestimmt und zweifelte in keiner Weise daran, daß er bis übermorgen die hundert Kronen nicht auftreiben werde und daß er Schwejk eigentlich elend und miserabel verkauft hatte.

„Ich hätt' mir um zweihundert Kronen sagen können“, sagte er sich ärgerlich, aber als er in den „Einser“ der elektrischen Straßenbahn stieg, die ihn binnen kurzem nach Hause bringen sollte, wurde er von Sentimentalitäten und Vorwürfen befallen.

„Es ist nicht hübsch von mir“, dachte er, als er an der Tür seiner Wohnung klingelte, „wie werde ich in seine dummen, gutmütigen Augen blicken können.“

„Lieber Schwejk“, sagte er, als er zu Hause war, „heute hat sich etwas Ungewöhnliches ereignet. Ich hab ein schreckliches Pech im Kartenspiel gehabt. Ich hab alles hoptenommen und das Aß in der Hand gehabt, dann ist ein Zehner gekommen, und der Bankhalter hat den Buben in der Hand gehabt und hats auch auf einundzwanzig gebracht. Ich hab paarmal aufs Aß oder den Zehner gezogen und immer hab ich das gleiche Blatt wie der Bankhalter gehabt. Ich hab alles Geld verloren.“



Er verstimmte: „Und zum Schluß hab ich Sie verloren. Ich hab mir auf Sie hundert Kronen ausgeborgt, und wenn ich sie bis übermorgen nicht zurückgebe, werden Sie nicht mehr mir, sondern Oberleutnant Lukasch gehören. Mir tut es wirklich leid.“

„Hundert Kronen hab ich noch“, sagte Schwejk, „ich kann sie Ihnen borgen.“

„Geben Sie sie her“, lebte der Feldkurat auf, „ich trag sie gleich zu Lukasch. Ich möcht mich wirklich ungern von Ihnen trennen.“

Lukasch war sehr überrascht, als er den Feldkuraten abends erblickte.

„Ich komm dir die Schuld bezahlen“, sagte der Feldkurat siegesbewußt umherblickend, „laßt mich mit-spielen.“

„Hop“, ließ sich der Feldkurat vernehmen, als die Reihe an ihn kam. „Um ein Aug“, rief er aus, „ich hab zu viel gezogen.“

„Also hop“, sagte er bei der zweiten Runde, „hop — blind.“

„Zwanzig nimmt“, verkündete der Bankier.

„Ich hab ganze neunzehn“, sagte der Feldkurat leise, während er die letzten 40 Kronen von dem Hunderter in die Bank legte, den Schwejk ihm geborgt hatte, um sich von der neuen Leibeigenschaft loszukaufen.

Auf dem Heimweg gelangte der Feldkurat zu der Überzeugung, daß Schluß sei, daß nichts mehr Schwejk retten könne, und daß es so bestimmt sei, daß er bei Oberleutnant Lukasch dienen müsse.

Und als ihm Schwejk öffnete, sagte er ihm: „Alles vergeblich, Schwejk. Dem Schicksal kann niemand entrinnen. Ich hab Sie samt Ihren hundert Kronen verspielt. Ich hab alles getan, was in meiner Macht stand, aber das Schicksal ist stärker denn ich. Es hat Sie Oberleutnant Lukasch in die Klauen geworfen und es kommt die Zeit, wo wir Abschied nehmen müssen.“

„Und war viel in der Bank?“ fragte Schwejk ruhig, „oder ham Sie selbst Vorhand gehabt? Wenn die Karte schlecht fällt, is es sehr schlecht, aber manchmal is es ein Malör, wenn's gar zu gut geht. Am Zderaz hat ein gewisser Klempner Vejwoda gelebt und der hat immer Mariage in einem Wirtshaus hinter dem Hunder' übrigen Kaffeehaus gespielt. Einmal, der Teufel hat's ihm eingeblasen, sagt er auch: „Wie wär's, wenn wir Einundzwanzig um ein Fünferl schmeißen möchten“. Sie ham also Einundzwanzig um ein Fünferl gespielt und er hat die Bank gehalten. Alle sind trop geworden und so is es bis auf einen Zehner angewachsen. Der alte Vejwoda wollt auch den andern was gönnen hat immerfort gesagt: „Die Kleine zieht“. Sie können sich aber nicht vorstellen, was für ein Pech er gehabt hat. Die Kleine is nicht und nicht gekommen, die Bank is gewachsen und es war schon ein Hunderter drin. Von den Spielern hat niemand so viel gehabt, daß ers hätt hoptnehmen können und der Vejwoda war schon ganz verschwitzt. Man hat nichts anderes gehört als: „Die Kleine zieht“, sie ham zu Fünfern gesetzt und sind alle hineingefallen. Ein Schornsteinfegermeister hat Wut gekriegt, is sich nach Haus um Geld gegangen, wie schon über eineinhalb Hundert drin war, und hats hop genommen. Der Vejwoda wollt los sein, und wie er später gesagt hat, wollt er sogar bis dreißig ziehn, nur damit ers nicht gewinnt, und hat derweil zwei Aß gekriegt. Er hat gemacht, wie wenn nichts, und hat absichtlich gesagt: „Sechzehn nimmt“, und der Schornsteinfegermeister hat alles in allem fünfzehn gehabt. Is das nicht Pech? Der alte Vejwoda war ganz blaß und unglücklich, ringsherum hat man schon geschimpft und geflüstert, daß er schwindelt, daß er schon einmal wegen Falschspielen Dresch bekommen hat, obzwar er der ehrlichste Spieler war, und alle ham eine Krone nach der andern geblecht. Es waren schon fünf-hundert Kronen drin. Der Wirt hats nicht ausgehalten. Er hat grad Geld fürs Bräuhaus vorbereitet gehabt, so hat ers genommen, hat sich zu ihnen gesetzt, hat zuerst zu zwei Hundertern hineingesteckt, dann hat er die Augen zugemacht, den Sessel umgedreht, damit's ihm Glück bringt, und hat gesagt, daß er das alles, was in der Bank is, hop nimmt. „Wir spielen mit offenen Karten“, hat er gesagt. Der alte Vejwoda hätt, ich weiß nicht was dafür gegeben, daß er jetzt verliert. Alle ham sich gewundert, wie er aufgedeckt hat und sich ein Siebner gezeigt hat und er sich ihn gelassen hat. Der Wirt hat sich in den Bart gelacht, weil er einundzwanzig gehabt hat. Der alte Vejwoda hat einen zweiten Siebner gekriegt und hat sich ihn auch gelassen. „Jetzt kommt ein Aß oder ein Zehner“, hat der Wirt giftig gesagt. „ich wett meinen Hals, Herr Vejwoda, daß Sie trop sein wern.“ Es war unglaublich still. Vejwoda deckt auf und der dritte Siebner zeigt sich. Der Wirt is bleich wie Kreide worden, es war sein letztes Geld, is in die Küche gegangen und in einer Weile kommt der Junge gelaufen, was bei ihm gelernt hat, wir solln den Herrn Wirt abschneiden kommen, daß er herich an der Klinke am Fenster hängt. Wir ham ihn also abgeschnitten, zu sich gebracht und man hat weitergespielt. Niemand hat mehr Geld gehabt, alles war in der Bank vorn Vejwoda, der nur gesagt hat: „Die Kleine zieht“ und um alles in der Welt nur trop sein wollt, aber weil er seine Karten umdreht und auf'n Tisch legen hat müssen, hat er keinen Betrug machen und nicht absichtlich zuviel ziehn können. Alle waren schon blöd von seinem Glück und ham sich so eingerichtet, daß, wenn sie schon kein Geld mehr ham, daß sie ihre Schuldverschreibungen hineingehen wern. Der Schornsteinfegermeister war der Bank schon über eineinhalb Millionen schuldig, der Kohlmann vom Zderaz ungefähr eine Million, der Hausmeister aus dem „Hundertjährigen Kaffeehaus“ 800 000 Kronen, ein Mediziner über zwei Millionen. In der Geldschüssel allein war über 300 000 auf lauter Papierschnitzeln. Der alte Vejwoda hats verschieden probiert. Er is fort auf'n Abort gegangen und hats immer einem andern gegeben, daß ers für ihn nimmt, und wenn er zurückgekommen is, hat der ihm gemeldet, daß er gewonnen hat, daß er einundzwanzig gezogen hat. Sie ham um neue Karten geschickt und es hat wieder nichts genutzt. Wenn der Vejwoda auf fünfzehn stehn geblieben is, so hat der andere vierzehn gehabt. Alle ham den alten Vejwoda wütend angeschaut und am meisten hat ein Pfisterer geschimpft, der alles in allem bare acht Kronen hineingegeben hat. Der hat offen erklärt, daß so ein Mensch, wie der Vejwoda, nicht in der Welt herumlaufen sollt und daß man ihn verdreschen, herauswerfen und wie einen jungen Hund ersaufen sollt. Sie können sich nicht die Verzweiflung vom alten Vejwoda vorstellen. Schließlich is er auf einen Einfall gekommen. „Ich geh auf'n Abort“, sagt er zum Schornsteinfeger, nehmen Sie's für mich, Herr Meister.“ Und nur so, ohne Hut is er auf die Gasse gelaufen, direkt in die Myslikgasse um die Polizei. Er hat eine Patrouille gefunden und hat ihr angezeigt, daß man in dem und dem Gasthaus Hasard spielt. Die Polizisten ham ihn aufgefordert, er soll vorausgeh'n, daß sie ihn gleich nachkommen. Er is also zurückgekommen und man hat ihm gemeldet, daß der Mediziner indessen über zwei Millionen verspielt hat und der Hausmeister über drei. Und daß sie in die Geldschüssel ein Gutschreiben auf 500 000 Kronen ge-

geben ham. In einer Weile sind die Polizisten hineingestürzt, der Pfisterer hat aufgeschrien:

„Rette sich, wer kann!“ aber es hat nichts genützt. Sie ham die Bank beschlagnahmt und alle auf die Polizei geführt. Der Kohlmann vom Zderaz hat sich widersetzt, so hat man ihn in der Gemeindefruhe hingeschafft. In der Bank wer in Schuldverschreibungen über eine halbe Milliarde und an barem Geld fünfzehnhundert.

„So was hab ich noch nicht gesehn“, hat der Polizeiinspektor gesagt, wie er diese schwindelhaften Summen gesehen hat, „das da is ärger wie in Monte Carlo.“

Alle, bis auf den alten Vejwoda, sind bis früh dort geblieben. Den Vejwoda als Angeber ham sie freigelassen und ihm versprochen, daß er ein gesetzliches Drittel als Belohnung für die beschlagnahmte Bank kriegen wird, ungefähr über hundertsechzig Millionen, er is aber bis früh davon verrückt geworn, is in Prag herumgegangen und hat feuerfeste Kassen aufs Dutzend bestellt. Das nennt man Glück in den Karten.“

Dann kochte Schwejk Grog und die Szene endete damit, daß der Feldkurat, als es Schwejk in der Nacht gelang, ihn mit Anstrengung ins Bett zu schaffen, Tränen vergoß und weinte.

„Ich hab dich verkauft, Kamerad, schändlich verkauft, verfluch mich, prügel mich, ich halte still. Ich hab dich den Bestien vorgeworfen. Ich kann dir nicht in die Augen schauen. Kratz mich, beiß mich, bring mich um. Ich verdien nichts Besseres. Weißt du, was ich bin?“

Und der Feldkurat, das verweinte Gesicht in die Kissen pressend, sagte leise, mit zarter, weicher Stimme: „Ich bin ein charakterloser Schuft“, und schief ein, als hätte man ihn ins Wasser geworfen.

Am nächsten Tage ging der Feldkurat, Schwejks Blicken ausweichend, zeitig früh fort und kehrte erst in der Nacht mit einem dicken Infanteristen zurück.

A. GRIMMER.



„Melde gehorsamst, Herr Oberleutnant ich bin der Schwejk.“

„Zeigen Sie ihm, Schwejk“, sagte er, wiederum Schwejks Blicken ausweichend, „wo was liegt, damit er orientiert ist, und bringen Sie ihm bei, wie man Grog kocht. Früh melden Sie sich bei Oberleutnant Lukasch.“

Schwejk und der neue Mann verbrachten die Nacht angenehm mit dem Kochen von Grog. Gegen früh konnte sich der dicke Infanterist kaum auf den Füßen halten und sumpte nur ein merkwürdiges Durcheinander aus verschiedenen Nationalliedern vor sich hin, die er miteinander vermengte: „An Chodowa vorbei fließt ein Wasserlein, meine Liebste schenkt dort rotes Bier, Berg, Berg, wie bist du hoch, Jungfern gingen übern Steg, am weißen Berge ackert der Bauer.“

„Um dich hab ich keine Angst“, sagte Schwejk, „mit so einer Begabung wirst du dich beim Feldkuraten halten.“

So geschah es, daß an diesem Vormittag Oberleutnant Lukasch zum erstenmal das ehrliche und aufrichtige Gesicht des braven Soldaten Schwejk erblickte, der ihm meldete: „Melde gehorsamst, Herr Oberleutnant, ich bin der Schwejk, den, was der Herr Feldkurat in den Karten verspielt hat.“

2.

Die Inspektion der Offiziersdiener ist uralten Ursprungs. Es scheint, daß schon Alexander von Mazedonien seinen Putzblech hatte. Sicher jedoch ist, daß zur Zeit des Feudalismus die Söldner der Ritter diese Rolle spielten. Was war der Sancho Panza des Don Quichotte? Es wundert mich, daß die Geschichte der Offiziersdiener bisher nicht geschrieben wurde. Sie würde uns darüber aufklären, daß der Herzog von Almaviva seinen Soldatendiener bei der Belagerung Toledos ohne Salz aufgegessen hat, wovon der Herzog selbst in seinen Memoiren schreibt, wobei er erzählt, daß sein Diener ein zartes, mürbes, sehniges Fleisch hatte, das im Geschmack an etwas zwischen Huhn und Esel erinnerte.

In einem alten schwäbischen Buch über die Kriegskunst finden wir auch Winke für Offiziersdiener. Der Putzblech alter Zeiten sollte fromm, tugendhaft, wahrheitsliebend, bescheiden, tapfer, kühn, ehrlich, arbeitsam sein. Kurz er sollte das Muster eines Menschen sein. Die Neuzeit hat an diesem Typus viel geändert. Der moderne „Pfeifendeckel“ pflegt für gewöhnlich weder fromm noch tugendhaft und auch nicht wahrheitsliebend zu sein. Der moderne Putzblech lügt, betrügt seinen Herrn und verwandelt dessen Leben häufig in eine wahre Hölle. Er ist ein schlauer Sklave, der die mannigfachsten Tricks ersinnt, um seinem Herrn das Leben zu verbittern.

(Fortsetzung folgt.)